

Geschäftsbericht 2008



Inhalt

I Bericht des Kantonsrates über seine Geschäftsführung	3	III Finanzieller Überblick	21
1. Ratsstatistik und Allgemeines	4	1. Das Rechnungsergebnis in Kürze	22
2. Besondere Parlamentsrechte	5	1.1 Die grössten Abweichungen zwischen Voranschlag und Rechnung 2008	23
3. Ratsleitung	5	1.2 Die grössten Abweichungen zwischen Rechnung 2007 und Rechnung 2008	24
II Bericht des Regierungsrates über seine Geschäftsführung	7	1.3 Finanzkennzahlen 2004 – 2008	26
1. Allgemeines	8	1.4 Ergebnis nach Behörden und Departementen	29
2. Regierungsgeschäfte	8	2. Rahmenbedingungen	36
3. Anlässe / Aussprachen	11	3. Die grössten Aufwandpositionen	38
4. Information der Öffentlichkeit	12	3.1 Besoldungskosten	38
5. Nordwestschweizer Regierungskonferenz	13	3.2 Nettoaufwendungen für einzelne Schultypen	42
6. Rechenschaftsbericht ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit	14	3.3 Nettoverschuldung und Zinsendienst	43
7. Pflege und Förderung der Unternehmenskultur Sowieso!	16	3.4 Abschreibungen	44
8. Förderung der innerkantonalen und internationalen Beziehungen	16	3.5 Strassenbaufonds	45
9. Tätigkeitsbereich 2007 des kanto- nalen Beauftragen für Information und Datenschutz	16	3.6 Inner- und ausserkantonale Spitalbehandlungen	46
10. Politische Rechte 2008	17	3.7 Soziale Sicherheit	46
		4. Die grössten Ertragspositionen	48
		4.1 Bundesanteile	48
		4.2 Staatssteuerertrag	49
		4.3 Nebensteuern	51
		IV Bericht der Revisionsstelle	53

Editorial



Den eingeschlagenen Weg weitergehen

Das sehr gute Geschäftsjahr 2008 trägt einen Makel: Die reinen Zahlen zeigen nicht, dass die noch 2007 nur vermutete «Kreditblase» in den USA 2008 als veritable Rezession auch in der Schweiz angekommen ist. Die realistische und solide Finanzpolitik des Kantons Solothurn zahlt sich nun weiter aus: Auch die Staatsrechnung 2008 schreibt erfreulicherweise – wie in den Jahren zuvor – schwarze Zahlen und erlaubt eine weitere Konsolidierung unserer finanziellen Basis. Das sind gute Grundlagen, um im Rahmen des staatlich Sinnvollen gegen die Auswirkungen der weltweiten Krise anzukämpfen.

Es zahlt sich nun doppelt aus, dass wir auch in «guten Zeiten» mit überdurchschnittlichen Rechnungsabschlüssen stets sorgfältig darauf geachtet haben, zwischen wünschbaren und notwendigen Leistungen und Ausgaben des Staates zu unterscheiden. Dieses vorsichtige Handeln hat den notwendigen Handlungsspielraum vergrössert. Diesen Handlungsspielraum gilt es nun nicht zu Gunsten der Zahlen, sondern zu Gunsten der von der Krise betroffenen Menschen zu nutzen.

Wirkungsvolle und unbürokratische Arbeitslosenhilfe, Weiterbildungsunterstützung und eine moderate Steuerbelastung sind staatliche Stabilisatoren, die auch in schwierigeren Zeiten dort rasch wirken, wo die Not beim Menschen angekommen ist. Im Bildungs- und im Gesundheitsbereich, im Sozial- wie im Infrastrukturbereich stehen Herausforderungen an, die es im Dienste unserer Bürgerinnen und Bürger weiter umzusetzen gilt. Insofern ändert nichts am eingeschlagenen Weg – er wird aber steiler und unbequemer zu gehen sein.

Zum eingeschlagenen Weg gehören auch die politischen Rahmenbedingungen. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben der bisherigen Regierung für vier weitere Jahre ihr Vertrauen ausgesprochen. Auch die Zusammensetzung des Kantonsrates blieb stabil, erfrischende neue Farbtupfer sind dazu gekommen.

Ich bin deshalb überzeugt, dass wir die anstehenden Herausforderungen gemeinsam erfolgreich meistern werden und die Standortvorteile des Kantons Solothurn, die ausgewiesene Lebens- und Wohnqualität für unsere Bürgerinnen und Bürger wie die positiven Rahmenbedingungen für die Prosperität unserer Wirtschaft, weiterhin sichern und fördern können.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'K. Fischer'.

Klaus Fischer
Landammann



The background of the page is a marbled paper with a complex, swirling pattern. The top half features shades of blue and white, while the bottom half transitions into shades of green and yellow. A vertical metal strip, possibly a hinge or part of a binding mechanism, runs down the right side of the page, partially overlapping the text.

Bericht des Kantonsrates über seine Geschäftsführung

Bericht des Kantonsrates über seine Geschäftsführung

1. Ratsstatistik und Allgemeines

Der Kantonsrat wurde im Berichtsjahr von Hansruedi Wüthrich, FdP, Prokurator, Lütterswil Gächliwil, präsiert.

Ratsstatistik	2006	2007	2008
- KR-Sessionen	7	7	6
- Anzahl Sitzungshalbtage	15	16	14
Behandelte KR-Geschäfte	148	193	193
- Sachgeschäfte	40	47	57
- Rechtsetzende Erlasse	22	18	14
- Wahlgeschäfte	14	35	17
- Verordnungsvetos	2	1	0
- Volksinitiativen	0	2	0
- Volksaufträge	0	-	2
- Aufträge	28	43	49
- Motionen	-	-	-
- Postulate	-	-	-
- Interpellationen	34	41	34
- Kleine Anfragen	8	6	5
Neu eingereichte Vorstösse	92	82	94
- Volksaufträge	0	1	1
- Aufträge	43	42	51
- Motionen	-	-	-
- Postulate	-	-	-
- Interpellationen	41	35	37
- Kleine Anfragen	8	4	5
KR-Kommissionssitzungen (ohne Ausschüsse)	61	71	58
- Ratsleitung	8	15	7
- Finanzkommission	12	12	12
- Geschäftsprüfungskommission	7	5	5
- Justizkommission	6	10	7
- Bildungs- und Kulturkommission	8	9	8
- Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission	6	8	9
- Sozial- und Gesundheitskommission	12	6	8
- Redaktionskommission ¹	1	-	0
- Spezialkommission Wirkungsorientierte Verwaltungsführung	1	1	2
- Erweiterte Finanzkommission Steuergesetzrevision	-	5	0
Gesamtanzahl Sitzungsabrechnungen (inkl. Fraktions- und Ausschusssitzungen)	217	225	211

Im Berichtsjahr waren folgende vier Mutationen im Kantonsrat zu verzeichnen: Leonz Walker, SVP, Bettlach (als Nachfolger von Esther Bosshart); Peter Brügger, FdP, Langendorf (als Nachfolger von Andreas Eng; Claudio von Felten, CVP, Trimbach (als Nachfolger von Kurt Friedli); Anna Rüefli, SP, Solothurn (als Nachfolgerin von Rainer Bernath).



2. Besondere Parlamentsrechte

- Einspruchsrecht des Kantonsrats (Art. 79 Abs. 3 KV)

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat im Berichtsjahr 22 Verordnungen oder Verordnungsänderungen unterbreitet; gegen keine wurde das Veto ergriffen.

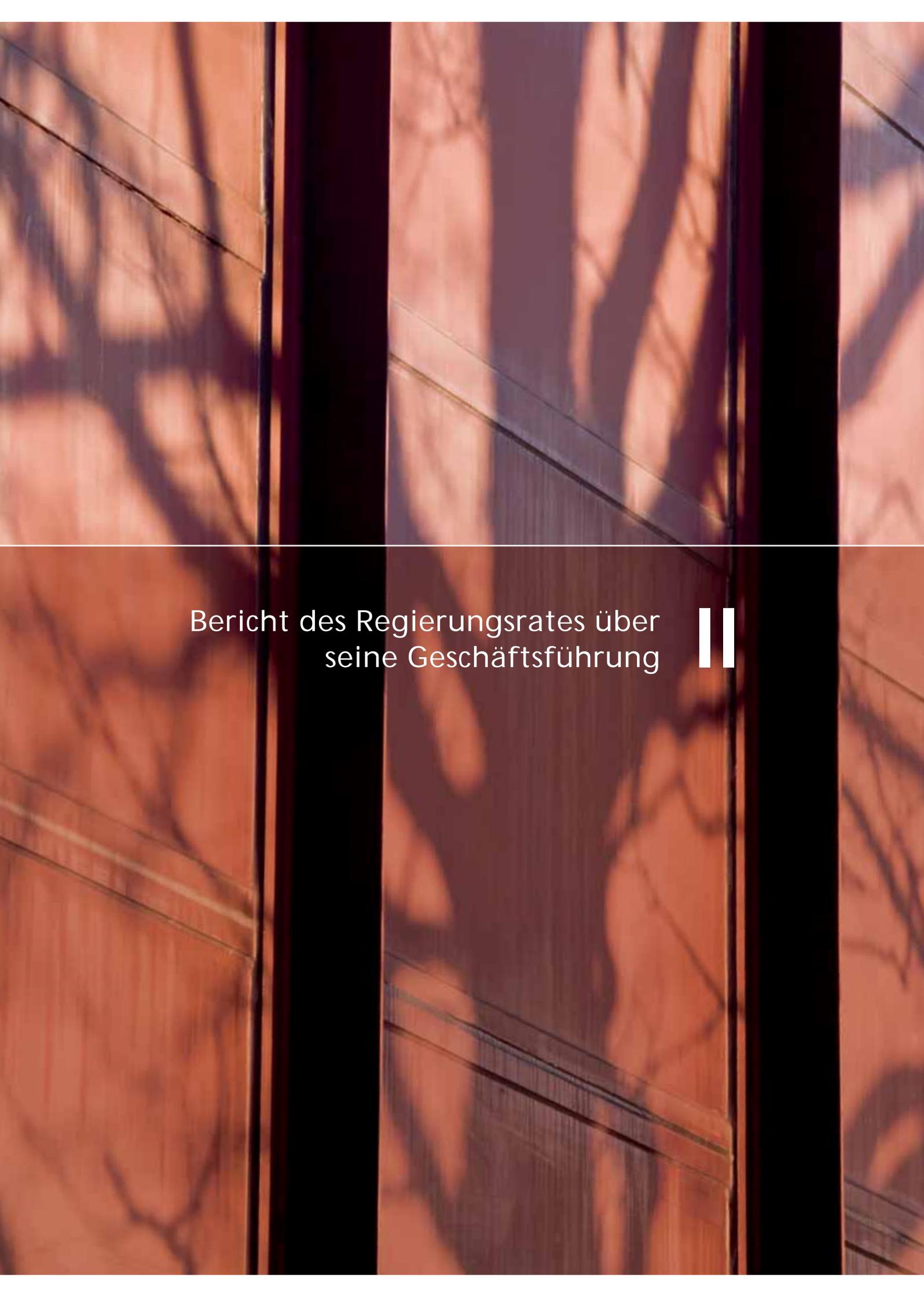
- Stellungnahme des Kantonsrates zu Vernehmlassungen des Regierungsrats an Bundesbehörden (Art. 76 Abs. 1 Bst. h KV)

Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr der Ratsleitung 57 Vernehmlassungsvorlagen von Bundesbehörden unterbreitet. Die Ratsleitung hat in allen Fällen auf eine Mitwirkung des Kantonsrates verzichtet.

3. Ratsleitung

Die Ratsleitung hielt im Berichtsjahr 7 Sitzungen ab, an denen sie sich vorwiegend mit Fragen des Ratsbetriebes befasste. Unter anderem beschloss sie, an der Regelung des Geschäftsreglementes festzuhalten, dass Vorlagen mit baulichen Komponenten von den in der Sache jeweils zuständigen Sachkommissionen und nicht nur von der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission vorberaten werden sollen (Schul- und Sportbauten von der Bildungs- und Kulturkommission; Heim- und Spitalbauten von der Sozial- und Gesundheitskommission; allgemeine Verwaltungsbauten von der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission). Weiter lehnte sie einen Vorschlag der Finanzkommission ab, den Budgetprozess auf Parlamentsebene vollständig auf nach den Herbstferien zu verlegen, weil sie den damit verbundenen Termindruck für die Ratsmitglieder als nicht miliztauglich beurteilte. Ausserdem reichte sie einen Vorstoss ein, mit dem der Regierungsrat eingeladen wird, ein Verfahren zur Einreichung, Entgegennahme und Genehmigung von Demissionen von Beamten zu definieren. Ferner beschloss die Ratsleitung, sich am Projekt «Interessengemeinschaft Kantonsparlamente» zu beteiligen. Diese Interessengemeinschaft in der Form einer einfachen Gesellschaft gemäss Obligationenrecht hat zum Ziel, eine Informationsplattform für alle Kantonsparlamente aufzubauen, um gemeinsam interessierende Daten und Informationen – z.B. zu interkantonalen Konkordaten – allgemein verfügbar zu machen. Die Idee zur IG Kantonsparlamente ist auf der Basis der im Vorjahr gescheiterten Gründung einer «Konferenz der Kantonsparlamente» entstanden. Im Berichtsjahr folgte die Ratsleitung einer Einladung des Büros des Landrats Nidwalden nach Stans.





Bericht des Regierungsrates über
seine Geschäftsführung



Bericht des Regierungsrates über seine Geschäftsführung

1. Allgemeines

Der Regierungsrat wurde 2008 von Frau Landammann Esther Gassler geleitet. 2008 wurden an 40 Sitzungen 2331 Beschlüsse gefasst.

2. Regierungsgeschäfte

Dank eines weiteren, hervorragenden Rechnungsjahres 2007 konnte die in der Legislaturplanung vorgesehene Sanierung der Staatsfinanzen erfolgreich fortgesetzt werden. In den kommenden Jahren ist jedoch mit weiteren Kostensteigerungen in den Bereichen Bildung (Sonderschulpädagogik und -heime, Bildungsprojekt Bildungsraum Nordwestschweiz) und Gesundheit (Gesundheitskosten, Spitalteuerung, KVG-Revision ab 2012) sowie mit rückläufigen bzw. stagnierenden Steuererträgen aufgrund der Wirkung der Steuergesetzrevision und der deutlich schlechteren Wirtschaftslage im Zuge der globalen Finanzkrise zu rechnen.

2008 wurden folgende Gesetzgebungsprojekte als Botschaften und Entwürfe zuhanden des Kantonsrates verabschiedet:

- | Änderung des Gesetzes über die Ausbildungsbeiträge (Stipendiengesetz)
- | Änderung des Informations- und Datenschutzgesetzes
- | Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die hochspezialisierte Medizin
- | Gesetz über die Berufsbildung
- | Änderung des Landwirtschaftsgesetzes (Entschädigung Tierverluste im Rahmen des BVD- Ausrottungsprogramms)
- | Beitritt zum Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen
- | Änderung der Verordnung über den Vollzug des eidgenössischen Waffenrechts
- | Teilrevision des Sozialgesetzes (Anpassung an das Bundesgesetz über die Familienzulagen)
- | Anpassung des öffentlich-rechtlichen Rechtsschutzes an die Vorgaben des Bundesrechts (Rechtsweggarantie / Bundesgerichtsgesetz)
- | Gesetz über Wasser, Boden und Abfall (GWBA)
- | Änderung des Kantonsratsgesetzes; Erschwerung von Ausgabenbeschlüssen
- | Änderung des Spitalgesetzes
- | Biometrisierung der Ausweise für Personen mit schweizerischer und ausländischer Staatsbürgerschaft: Änderung des Gebührentarifes und Änderung der Ausweisverordnung
- | Teilrevision des Gesetzes über die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (EG ZGB)
- | Änderung des Sozialgesetzes; Ergänzungsleistungen für Familien

Die bisher befristet in einem Spezialgesetz geregelte Verfahrensvorschrift der Erschwerung von Ausgabenbeschlüssen wurde neu in das Kantonsratsgesetz aufgenommen. Für Beschlüsse über nicht gebundene Ausgaben soll weiterhin die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Kantonsrates erforderlich sein. Mit dieser Massnahme wird die Erreichung des im Legislaturplan verankerten Ziels der nachhaltigen Sanierung des Finanzhaushaltes unterstützt.



Das Jahr 2008 stand im Zeichen bedeutender Meilensteine im Investitionsbereich. Mit seiner deutlichen Zustimmung (83,8 Prozent Ja-Stimmen) anlässlich der Volksabstimmung vom 30. November 2008 zum Verpflichtungskredit von 86,7 Mio. Franken für den Neubau der Fachhochschule Nordwestschweiz in Olten legte das Solothurner Volk ein klares Bekenntnis zum Bildungsstandort Kanton Solothurn ab.

Am 8. August 2008 konnte nach rund vierjähriger Bauzeit die Entlastung West in Solothurn dem Verkehr übergeben werden. Gleichzeitig wurde die Wengibrücke in der Stadt Solothurn für den motorisierten Individualverkehr gesperrt. Trotz nicht immer einfacher Baubedingungen konnte die Terminvorgabe eingehalten werden. Erste Zählungen zeigten eine hohe Akzeptanz der neuen Verkehrsführung und eine spürbare, über den Erwartungen liegende Entlastungswirkung. Auch im östlichen Kantonsteil konnte der projektierte Ausbau der Verkehrsinfrastruktur vorangetrieben werden. Nachdem im Frühjahr die Beschwerde gegen das Projekt Entlastung Region Olten (ERO) zurückgezogen wurde, war der Weg frei für die Realisierung der neuen Entlastungsstrasse. Bereits im Mai erfolgten erste Vorbereitungsarbeiten, Ende Juni konnte bereits mit den Hauptarbeiten begonnen werden. Für den Bau des Hausmatttunnels starteten anfangs August die Aushubarbeiten im Bereich des westlichen Tunnelportals; im östlichen Tunnelportalbereich wurde eine Hilfsbrücke über die Aare gebaut.

Mit dem beschlossenen Wasserbaukonzept schafft der Kanton Solothurn die planerische Grundlage für eine nachhaltige Umgestaltung und einen langfristigen Unterhalt seiner Fliessgewässer. Hauptziele sind ein optimierter Hochwasserschutz sowie eine ökologische Aufwertung der zum Teil stark verbauten Flüsse und Bäche für einen Zeitraum von rund drei Generationen. In einer ersten Tranche sind bauliche Massnahmen primär im Hochwasserschutz an der Emme und an der Aare im Umfang von ca. 30 Millionen Franken vorgesehen. An diesen Kosten werden sich Bund, Kanton und Gemeinden zu je etwa einem Drittel beteiligen. Das Wasserbaukonzept will die Hochwassersicherheit durch eine genügende Abflusskapazität der Fliessgewässer für Wasser und Geschiebe erhöhen.

Mit der Abweisung der Beschwerde der drei Einwohnergemeinden Biezwil, Lüterswil-Gächliwil und Schnottwil gegen den Regierungsrat und den Kantonsrat betreffend Schulkreisplanung im Bucheggberg durch das Bundesgericht wurde die Grundlage zu einer definitiven Primarschulkreisplanung im Bucheggberg gelegt. Damit kann eine Schulorganisation realisiert werden, die den bildungspolitischen und pädagogischen Entwicklungen von heute und morgen Rechnung trägt.

Zur Förderung von Gemeindefusionsprojekten hat der Regierungsrat beschlossen, eine Koordinationsstelle für Gemeindefusionen zu schaffen. Die neue Koordinationsstelle ist im Amt für Gemeinden integriert und soll einerseits verdeutlichen, dass der Kanton Solothurn Gemeindefusionen einen hohen Stellenwert beimisst und andererseits helfen, Hemmschwellen vor solchen Projekten abzubauen.

Mit dem beschlossenen Förderprogramm für Energieeffizienz und erneuerbare Energien sollen in den kommenden Jahren Schwerpunkte bei der Sanierung von Gebäuden und bei der Nutzung von erneuerbaren Energien für Wärmeanwendungen gesetzt werden.

Der Regierungsrat hat einer sukzessiven Erhöhung des Korpsbestandes der Kantonspolizei Solothurn von derzeit 345 auf 370 Vollzeitstellen Korpsbestand bis ins Jahr 2010 zugestimmt. Der im Jahre 1999 bewilligte Korpsbestand stützte sich auf einer Sicherheitsanalyse aus dem Jahre 1998. Mit der Korpserhöhung wird der veränderten Sicherheitslage Rechnung getragen. Die in den letzten Jahren erfolgten gesellschaftlichen und rechtlichen Veränderungen haben sich zunehmend auf die Aufgaben und somit auch auf die personellen Ressourcen der Kantonspolizei ausgewirkt.

Gestützt auf einen kantonsrätlichen Planungsbeschluss im Legislaturplan 2005–2009 wurde die Gesetzesvorlage «Ergänzungsleistungen für Familien» in die Vernehmlassung geschickt. Für die Umsetzung dieses Planungsbeschlusses schlägt der Regierungsrat nun ein Modell vor, bei welchem die EL für Familien grundsätzlich nach den gleichen Regeln berechnet werden wie die EL zur AHV/IV. Dabei sollen mit verschiedenen Anreizsystemen Arbeitsanstrengungen belohnt und gefördert werden.

Die Regierungen der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn haben aufgrund der positiven Ergebnisse der Konsultation zum Bildungsraum Nordwestschweiz den Auftrag zur Erarbeitung eines Staatsvertrags erteilt und zudem beschlossen, dass gleichzeitig mit dem Staatsvertrag auch die Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat), die Interkantonale Vereinbarung über den Bereich der Sonderpädagogik und die jeweils pro Kanton notwendigen Vorlagen zur kantonalen Umsetzung gemeinsam in eine Vernehmlassung geschickt werden sollen. Damit soll grösstmögliche Transparenz über die anstehenden Entscheidungen im Bildungswesen hergestellt und die sachlichen Zusammenhänge sowie die Folgen für die einzelnen Kantone aufgezeigt werden. Der Start der Vernehmlassung erfolgte Ende 2008.

Ende Juni 2008 trat nach 23-jähriger Amtszeit als Staatsschreiber Dr. Konrad Schwaller in den Ruhestand. Seine Nachfolge wurde per 1. Juli 2008 durch Andreas Eng angetreten. Auf den im Frühsommer verstorbenen Marcel Roth (Büsserach) wählte der Regierungsrat als neuen Hans Roth-Ehrenkleidträger den in Solothurn wohnhaften und in Herbetswil heimatberechtigten Eduard Roth-Hasler als 62. Nachfolger des Hans Roth, welcher die Stadt Solothurn 1382 vor dem drohenden Überfall der Kyburger gewarnt hatte.



3. Anlässe / Aussprachen

Der Kanton Solothurn zeigte sich als Gastkanton am Zürcher Sechseläuten vom 11.–14. April 2008 unter dem Motto «Chapeau» als Kultur- und Wirtschaftskanton. Solothurn zog den Hut: Unter einen Hut brachte er die Angebotsfülle des Kantons: Das einheimische Kulturschaffen, wie auch die Solothurner Wirtschaft, Gastronomie und Fasnachtsvereine machten ihre Aufwartung. Vorzugsweise machten sie dies auf dem Lindenhof, wo das grosse Festzelt und die Themen-Pavillons führender Solothurner Firmen standen und die eine oder andere kulinarische und künstlerische Überraschung wartete. Ebenso führte der Kanton Solothurn einen Bandcontest durch, drei Bands vertraten dann den Kanton Solothurn am Sechseläuten. Zu den weiteren Highlights gehörte das Treffen mit den Heimwehsolothurnern. Der Regierungsrat lud alle in Zürich wohnhaften Solothurnerinnen und Solothurner ein. Als Höhepunkt nahm der Regierungsrat am Zug der Zünfte teil. Esther Gassler, Landammann 2008, entzündete dann das Feuer des Böögs.

Der Regierungsrat traf sich im Berichtsjahr mit den Gemeindepräsidien von Büren, Dornach, Gempfen, Hochwald, Nuglar-St. Pantaleon, Seewen, Bellach, Bettlach, Langendorf, Lommiswil, Oberdorf, Rüttenen, Selzach, Fehren, Himmelried, Meltingen, Nunningen, Zullwil und der Stadt Grenchen.

Weitere Aussprachen fanden mit den Präsidien der Bürgergemeinden des Bezirkes Bucheggberg-Wasseramt, mit dem Verband Soloth. Einwohnergemeinden (VSEG), dem Verband Soloth. Bürgergemeinden und Waldeigentümer und dem Obergericht statt.

Der Regierungsrat empfing Bundespräsident Pascal Couchepin sowie Bundesrätin Doris Leuthard, den Kantonsratspräsidenten, den Ständerat, die ehemaligen Regierungsrätinnen und Regierungsräte, den kanadischen Botschafter, den italienischen Generalkonsul sowie die für den Kanton Zuständigen von «Die Post» und den Synodalrat der römisch-katholischen Synode des Kantons Solothurn. Er traf sich mit den Spitzen verschiedenster solothurnischer Firmen und nahm an besonderen Anlässen und Jubiläen teil.

Zu den sich wiederholenden Anlässen gehörten Empfänge von hohen Offizieren und der solothurnischen interkonfessionellen Konferenz (SIKO).

2008 wurden 14 Hundertjährige geehrt.

Regelmässige Aussprachen fanden auch mit den Eidgenössischen Parlamentariern sowie Vertretern aus der Wirtschaft statt.

Der Regierungsrat vergab Werkjahrbeiträge, Sport- und Kunstpreise sowie den Sozialpreis.

Die Regierungen der Nordwestschweizer Kantone haben sich einmal in Basel getroffen und es fanden vier Arbeitsausschuss-Sitzung statt.

Der Regierungsrat besuchte die Regierungen der Kantone Nidwalden und Thurgau. Ebenso nahm er an der Kantonsratspräsidentinnenfeier, am Solothurner Kantonschwingfest und an der Abtweihe im Kloster Mariastein teil.

Die Kontakte mit den Medien wurden durch regelmässige Medienkonferenzen und Begegnungen bei weiteren Anlässen aufrechterhalten.

4. Information der Öffentlichkeit

Tätigkeiten	2007	2008
Anzahl Medienversände nach RR-Sitzungen	44	40
Anzahl Medienmitteilungen	335	350
Anzahl Medienkonferenzen inkl. Fototermine		
Tagungen und Seminare	24	39
Anzahl akkreditierte Medien	64	66

Im Tagesdurchschnitt wurden 2008 zehn Medienauskünfte erteilt. Medienschaffende mit den richtigen Stellen in Kontakt gebracht und Medienunterlagen für Medienkonferenzen zusammengestellt. Die Vermittlung von Interviews und deren Begleitung blieb im Vergleich mit Vorjahr in etwa gleich.

Die kommunikative Vorbereitung des Auftritts des Solothurner Auftritts am Zürcher Sechseck 2008 nahm viel Zeit in Anspruch. Der dafür eigens geschaffene Internetauftritt war besonders erfolgreich.

Im Bereich der internen Ausbildung (Personalamt, Polizei, ZS, KFS) war der Medienbeauftragte wiederum als Medientrainer im Einsatz. Die Mitarbeit im KFS war gegenüber den Vorjahren – wegen der EURO 08 – deutlich zeitintensiver. (Pikettstellung)

Die Referententätigkeit zum Thema «politische Kommunikation» wurde auch 2008 fortgeführt. (Hochschule für Wirtschaft Zürich, Academia Engiadina, Serviceclubs wie Rotary, Lions usw.)

Das Präsidium der Schweizerischen Informationskonferenz öffentlicher Verwaltungen (SIKOV) beanspruchte rund sieben Arbeitstage (Vorstandssitzungen, Seminarien, Generalversammlung).

In Fragen der Öffentlichkeitsarbeit stand der Medienbeauftragte den Departementen und Ämtern wiederum beratend zur Seite.



5. Nordwestschweizer Regierungskonferenz

Die für die Amtsperiode 2007/09 durch Regierungspräsident Dr. Guy Morin, Kanton Basel-Stadt präsidierte Konferenz (NWRK) trat zu vier Arbeitsausschuss-Sitzungen und einer Plenarversammlung zusammen, die am 13. Juni 2008 in Basel stattfand.

Im Zentrum des Interesses standen die Nordwestschweizer Position zum zukünftigen Raumkonzept Schweiz und die Wirtschaftspolitik. Die Konferenz liess sich durch den Direktor des Bundesamtes für Raumentwicklung über den aktuellen Stand der Arbeiten informieren und diskutierte mit ihm den Standpunkt der Nordwestschweizer Kantone unter besonderer Berücksichtigung der Verkehrsanliegen der Region.

Im weiteren befasste sie sich mit den Resultaten einer Studie über den Wissens- und Technologietransfer und beschloss einen tiefergehenden Prüfungsauftrag für eine gemeinsame Koordination. Schliesslich wurde über den aktuellen Sachstand zum Bildungsraum Nordwestschweiz orientiert. Die vier Konferenzkantone beabsichtigen eine Harmonisierung ihrer Bildungssysteme im Rahmen einer pädagogischen Strategie mittels Abschluss eines Staatsvertrages.

Bewährt haben sich in den vergangenen Jahren die regelmässigen Treffen der NWRK mit den Nordwestschweizer Mitgliedern des Ständerates. Mit dem Ausbau des Konferenzsekretariates kann der wachsenden Bedeutung der regionalen Interessensvertretung, insbesondere gegenüber dem Bund, besser Rechnung getragen werden.

6. Rechenschaftsbericht ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit

Vertreter des Kantons Solothurn in der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit, der sämtliche Kantone angehören, ist der Vorsteher des Finanzdepartementes. Seit 1998 präsidiert er die ch Stiftung. Der Leitende Ausschuss, das Führungsgremium der ch Stiftung, hielt im Jahr 2008 eine Sitzung ab, an welcher unter anderem die ordentliche Stiftungsratsversammlung vom 7. Januar 2009 vorbereitet wurde.

Die Tätigkeit der ch Stiftung ist auf klar abgrenzbare, praktische Projekte konzentriert, die sich generell in drei Sparten einordnen lassen: Kulturaustausch über die Sprachgrenzen, Dienstleistungen für die Kantonsregierungen sowie konzeptuelle und praktische Arbeiten im Zusammenhang mit Föderalismusfragen. So ist die ch Stiftung Trägerorganisation des Hauses der Kantone, welches im Juni 2008 von 12 interkantonalen Konferenzen und Organisationen bezogen wurde (mit dem IDES, Informations- und Dokumentationszentrum der EDK sind es 13 interkantonale Konferenzen und Organisationen). Im Sommer 2009 wird die 14. interkantonale Organisation/Konferenz (die Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz/Konferenz der öffentlichen Verkehrsdirektoren, BPUK/KöV) ebenfalls noch mit ihrem Sekretariat in das Haus der Kantone einziehen.

Die ch Stiftung führt zudem das Sekretariat der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK). Diese bezweckt, die Zusammenarbeit unter den Kantonen in ihrem Zuständigkeitsbereich zu fördern und in kantonsrelevanten Angelegenheiten des Bundes die erforderliche Koordination und Information der Kantone sicherzustellen. Aktiv ist die KdK v.a. in der Willensbildung und Entscheidvorbereitung im Bund sowie in der Aussen- und Integrationspolitik. Kulturpolitische Schwerpunkte der Tätigkeit der ch Stiftung bilden der Jugend- und Lehrpersonenaustausch sowie die dem Literatúraustausch gewidmete ch Reihe. Im Auftrag der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) und des Bundes fördert und koordiniert die ch Stiftung den Austausch von Schülerinnen und Schülern, Lehrpersonen sowie Lernenden im Rahmen der offiziellen Fach- und Koordinationsstelle «ch Jugendaustausch». Hinzu tritt das im Auftrag des Staatssekretariats für Wirtschaft (seco) betreute Projekt «Offene Stellen», in welchem stellenlosen Lehr- und Studienabgängern sowie jungen Lehrpersonen eine Praktikumsstelle in einem anderssprachigen Landesteil vermittelt wird. Ab 2011 wird die ch Stiftung im Auftrag des Bundes die nationale Agentur zur Umsetzung der EU-Bildungs- und Jugendprogramme führen, nachdem die ch Stiftung Ende Oktober 2007 eine entsprechende WTO-Ausschreibung des Staatssekretariats für Bildung und Forschung (SBF) gewonnen hat. Der Standort dieser neu aufzubauenden Agentur mit rund 20 bis 30 neuen Arbeitsplätzen wird Solothurn sein. Dem Literatúraustausch in der Schweiz dient die «ch Reihe», ein Förderprogramm für Übersetzung zeitgenössischer Literatur in die andere Landessprache. In diesem Zusammenhang laufen die ersten Vorbereitungen für die 3. Literaturveranstaltung «4 + 1 übersetzen traduire tradurre translatar» an, die anfangs März 2010 voraussichtlich in Chur statt finden wird.



Im Sinne einer Dienstleistung zugunsten der Kantonsregierungen führt die ch Stiftung alljährlich im Januar – im Jahr 2009 zum 21. Mal – die ch Regierungs-Seminare durch. Diese ermöglichen den Regierungsrätinnen und Regierungsräten aus der ganzen Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein, aktuelle Themen fundiert zu erörtern.

Ein weiterer Schwerpunkt der Stiftungsaktivitäten war das Mandat von 25 Kantonsregierungen, im Bereich der Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften und der nationalen Kohäsion eine umfassende Koordination wahrzunehmen und die kantonalen Interessen gegenüber dem Bund zu vertreten. In diesem Zusammenhang hat die ch Stiftung namentlich die Gesetzgebungsarbeiten zu einem Bundesgesetz über die Landessprachen und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften (Sprachengesetz, SpG) begleitet, das am 5. Oktober 2007 verabschiedet worden ist. Die ch Stiftung wird ab 2010 im Rahmen der Umsetzung des SpG im Auftrag des Bundesamts für Kultur zusätzliche Aufgaben zur Förderung des binnenstaatlichen Austausches von Lehrenden und Lernenden übernehmen. Zudem hat die ch Stiftung ein «Manifest für die gelebte Sprachenvielfalt in der Schweiz» lanciert. Ziel des Manifests ist, die Vorteile der Sprachenvielfalt in der Schweiz bewusst zu machen und die Mehrsprachigkeit in unserem Land aktiv zu fördern. Im Bemühen, den Föderalismus weiterzuentwickeln und zu erneuern, legte die ch Stiftung für das Berichtsjahr 2008 den vierten Monitoring-Bericht «Föderalismus» vor.

7. Pflege und Förderung der Unternehmenskultur Sowieso!

Das Berichtsjahr stand im Zeichen des Wechsels der langjährigen LeitungscREW der Kerngruppe Sowieso! Staatsschreiber Dr. Konrad Schwaller wurde durch dessen Nachfolger Andreas Eng abgelöst, Ruth Greber, Abteilungsleiterin im Personalamt übernahm die Aufgabe von Willfried Epprecht.

Die Stabübergabe erfolgte am 26. August 2008 im Rahmen eines Sowieso!-Club-Spezialanlasses im Wallierhof in Riedholz mit einer Podiumsdiskussion unter der Beteiligung prominenter ehemaliger Sowieso!-Club-Referentinnen und Referenten zum Thema «Unternehmenskultur und Führung».

Die personellen Veränderungen boten auch Gelegenheit zu grundsätzlichen Überlegungen betreffend der Weiterführung der aus Vertreterinnen und Vertretern aller Departemente zusammengesetzten Kerngruppe. Dabei kam man zum Schluss, dass die Gruppe im Sinne eines Fachgremiums als Katalysator, Motor, Ideenlieferantin und Initiatorin für die Anliegen der Unternehmenskultur weitergeführt werden soll. Die Kerngruppe Sowieso! versteht die Pflege der Unternehmenskultur als Daueraufgabe, wobei aber keine Einheitskultur angestrebt werden soll. Die Gruppe will sich vermehrt dem Thema «Verwaltung der Zukunft» widmen und Massnahmen prüfen, wie die Verwaltungskultur mittel- bis langfristig positiv beeinflusst werden kann. Im übrigen soll im Zusammenhang mit der Legislaturplanung 2009–2013 die Idee einer Kadertagung neu aufgegriffen werden. Ferner soll die Unternehmenskultur, insbesondere die Förderung des Wir-Gefühls innerhalb der Verwaltung, einen entsprechenden Platz in der zukünftigen Tätigkeit des Kantons erhalten.

8. Förderung der innerkantonalen und internationalen Beziehungen

Aus den Mitteln der «Solithurner Stiftung 1981/1991» konnten wiederum Beiträge an inner- und interkantonale Begegnungsaktionen gewährt werden.

Im letzten Jahr wurden insbesondere Klassenaustausche der Kantonsschule Solothurn mit Schulen in Tschechien und Russland unterstützt.

Die Stiftung weist per 31. Dezember 2008 einen Saldo von Fr. 20'507.– auf.

9. Tätigkeitsbericht 2008 des kantonalen Beauftragten für Information und Datenschutz

Der Tätigkeitsbericht des Beauftragten für Information und Datenschutz wird neu dem Kantonsrat zur Kenntnis gebracht (§ 32 Abs.1 lit. f des Informations- und Datenschutzgesetzes).



10. Politische Rechte 2008

10.1 Volkswahlen

–

10.2 Volksinitiativen

Am 30. Januar 2008 wurde die Volksinitiative «Willkommen im Kanton Solothurn – Ja zur steuerfreien Handänderung von selbst genutztem Wohneigentum!» eingereicht.

10.3 Standesinitiativen

–

10.4 Referenden

–

10.5 Volksaufträge

Am 7. April 2008 wurde der Volksauftrag «Erhalt des historischen Sessellifts und eines intakten Naherholungsraumes Weissenstein» eingereicht. Der Kantonsrat hat ihn nicht erheblich erklärt (KRB VA 047/2008 vom 28. Oktober 2008).

10.6 Petitionen

Am 16. Juni 2008 reichte die «Föderation der Motorradfahrer der Schweiz» eine Petition «gegen die Diskriminierung des Motocross-Sportes ab 2009 im Kanton Solothurn» ein.

Am 2. Dezember 2008 reichte die Grüne Kanton Solothurn eine Petition «für eine neue Energiepolitik des Kantons Solothurn» ein.

10.7 Volksabstimmungen

Eidgenössische Abstimmungen 2008

2008		Stimmbeteiligung %	Ja	Nein
24. Februar	Volksinitiative «Gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten»	36,5	15'482	45'831
	Unternehmenssteuerreformgesetz II	36,5	27'212	33'821
1. Juni	Volksinitiative «Für demokratische Einbürgerungen»	44,9	31'357	44'389
	Volksinitiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda»	44,7	19'605	54'947
	Verfassungsartikel «Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung» (Gegenentwurf zur zurückgezogenen Volksinitiative «Für tiefere Krankenkassen- prämien in der Grundversicherung»)	44,6	25'655	48'420
30. November	Volksinitiative «Für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern»	45,2	41'091	34'940
	Volksinitiative «Für ein flexibles AHV-Alter»	45,3	29'984	46'486
	Volksinitiative «Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der Verhinderungspolitik – Mehr Wachstum in der Schweiz!»	45,1	23'526	51'497
	Volksinitiative «Für eine vernünftige Hanf-Politik mit wirksamem Jugendschutz»	45,2	28'495	47'232
	Änderung des Bundesgesetzes über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe (Betäubungsmittelgesetz, BetmG)	45,1	52'076	22'744



Kantonale Abstimmungen

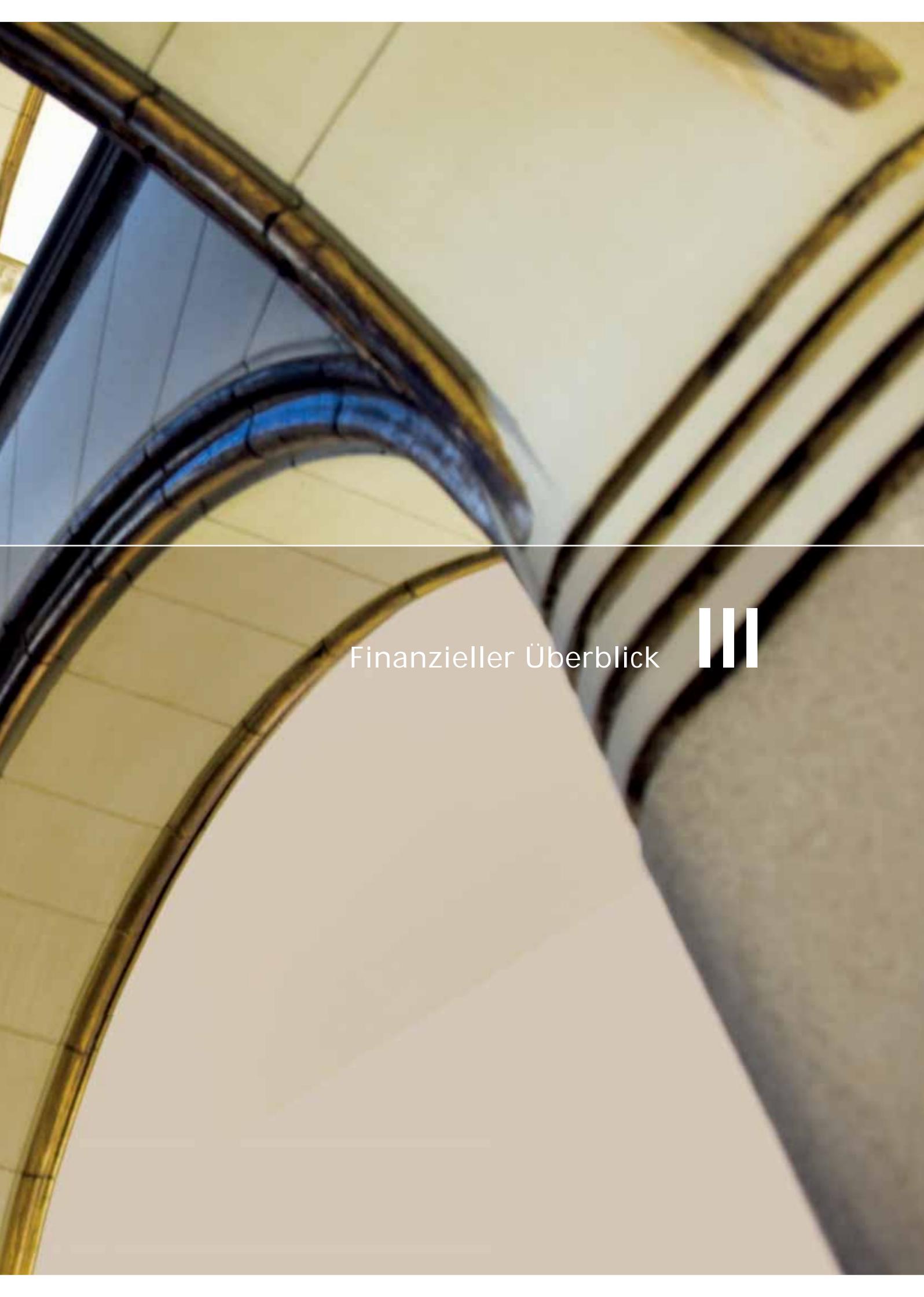
2008		Stimmbeteiligung %	Ja	Nein
30. November	Änderung der Kantonsverfassung; Erhöhung der Finanzbefugnisse des Regierungsrates	43,5	43'353	28'888
	Verpflichtungskredit für den Neubau der Fachhochschule Nordwestschweiz in Olten	43,6	55'802	16'879

11.8 Kantonale Vernehmlassungen 2008

Im Berichtsjahr wurden im Kanton 8 Vernehmlassungsverfahren eröffnet (im Vorjahr 8).

Titel	Departement/Amt
Gesetz über die Berufsbildung (GBB)	Departement für Bildung und Kultur Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen
Anpassungen des öffentlich-rechtlichen Rechtsschutzes an die Vorgaben des Bundesrechts (Rechtsweggarantie/Bundesgerichtsgesetz)	Bau- und Justizdepartement Rechtsdienst Justiz
Öffentliches Vernehmlassungsverfahren über die Vorlage 1. Änderung des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung; 2. Änderung des Geschäftsreglementes des Kantons- rates im Zusammenhang mit der Legislaturplanung	Finanzdepartement Departementssekretariat
Einführungsgesetzgebung zur Schweizerischen Strafprozessordnung und zur Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung	Bau- und Justizdepartement Rechtsdienst Justiz
Luftmassnahmenplan 2008 (LMPO8), Bericht und Massnahmenpaket 2009 – 2011	Bau- und Justizdepartement Amt für Umwelt
Ergänzungsleistungen für Familien (Änderung des Sozialgesetzes)	Departement des Innern Amt für soziale Sicherheit
Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr (ÖV-Gesetz) / Verordnung über die Organisation und Finanzierung der Schülertransporte (Schülertransportverordnung)	Bau- und Justizdepartement Departementssekretariat
1. Interkantonale Vereinbarung über die Harmo- nisierung der obligatorischen Schule (Harmo- Konkordat); 2. Interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik (Sonderpädagogik-Konkordat); 3. Staatsvertrag zwischen den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn über den Bildungsraum Nordwestschweiz (Staatsvertrag Bildungsraum)	Departement für Bildung und Kultur Stabsstelle Pädagogik





Finanzieller Überblick



1.

Das Rechnungsergebnis in Kürze

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	RE 07	VA 08	RE 08
Ertrag (ohne a.o. Erträge)	1'757,1	1'769,8	1'836,2
Aufwand (ohne Abschreibungen und a.o. Aufwände)	-1'512,2	-1'633,2	-1'640,8
Bruttoertragsüberschuss (Cash Flow)	244,9	136,6	195,4
Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	-34,9	-38,2	-29,7
Abschreibungen auf Spezialfinanzierungen	-64,2	-58,8	-43,3
Operatives Ergebnis	+145,8	+39,6	+122,4
– a.o. Aufwand (Abschreibung Investitionsbeiträge)	69,1		
Gesamtergebnis	+76,7	+39,6	+122,4

Investitionsrechnung (in Mio.Fr.)			
Ausgaben	188,6	202,0	218,7
Rückstellungen für Verpflichtungen (GB-Reserven)	-10,0	-8,3	-10,4
Einnahmen	-68,6	-79,3	-105,0
Nettoinvestitionen	110,0	122,7	103,3

Finanzierung (in Mio. Fr.)			
Bruttoertragsüberschuss (Cash Flow ohne a.o. Aufwände / Erträge)	244,9	136,6	195,4
– Nettoinvestitionen	-110,0	-122,7	-103,3
Finanzierungsergebnis	+134,9	+13,9	+92,1
Selbstfinanzierungsgrad	223%	111%	189%
Nettoverschuldung	265,5	251,6	173,3
Eigenkapital	158,4	198,1	280,9
Eigenfinanzierungsgrad	9,7%	11,0%	17,9%

Das Ergebnis der Erfolgsrechnung ist um 82,8 Mio. Fr. besser ausgefallen als budgetiert. Mit einem Gesamtergebnis von 122,4 Mio. Fr. kann ein weiteres sehr gutes Jahr abgeschlossen werden.

Mit um 19,4 Mio. Fr. tieferen Nettoinvestitionen führte dies zu einem Finanzierungsüberschuss, welcher mit 92,1 Mio. Fr. um 78,2 Mio. Fr. über dem Budget liegt. Der Selbstfinanzierungsgrad fällt mit 189% wesentlich besser aus als budgetiert (111%). Damit kann die Nettoverschuldung um weitere 92,1 Mio. Fr. abgebaut werden.



1.1 Die grössten Abweichungen zwischen Voranschlag und Rechnung 2008

Die grössten Abweichungen von mehr als 2 Mio. Franken zwischen dem Voranschlag und der Rechnung 2008 (ohne durchlaufende Beiträge, Spezialfinanzierungen und Nachtragskredite) sind in der nachfolgenden Zusammenstellung ersichtlich:

1.1.1 Erfolgsrechnung

Mehrertrag (Ergebnisverbesserung):	in Mio. Fr.
1) Steuerertrag (Kontengruppe 6432)	41,1
2) Bundesanteile (Kontengruppe 6416)	13,4
	54,5
Minderaufwand (Ergebnisverbesserung):	in Mio. Fr.
3) Schulgelder (Kontengruppe 6230)	3,9
4) Volksschulen	7,7
5) Betriebskosten-/Defizitbeiträge an Sonderschulheime	16,9
6) Spitalbehandlungen gemäss KVG	9,6
7) Taggelder Strafvollzug	4,3
8) Prämienverbilligung KVG	8,7
9) Sozialversicherungen AHV/IV	4,2
10) Bildung/Auflösung Rückstellungen GB-Reserven	2,0
11) Globalbudgets (Insbesondere Umwelt, Mittelschulen, Polizei, usw.)	23,1
	80,4
Total ergebnisverbessernde Abweichungen der 11 Positionen:	134,9
Minderertrag (Ergebnisverschlechterung):	in Mio. Fr.
12) Vermögenserträge (Kontengruppe 6417)	5,3
	5,3
Mehraufwand (Ergebnisverschlechterung):	in Mio. Fr.
13) Rückstellung Deckungslücke PK FHNW	48,4
	48,4
Total ergebnisverschlechternde Abweichungen der 2 Positionen:	53,7

Die oben aufgeführten 13 Positionen (+81,2 Mio. Fr.) vermögen die Verbesserung des Gesamtergebnisses von 82,8 Mio. Fr. gegenüber dem Voranschlag zu rund 98 % zu erklären.



1.1.2 Investitionsrechnung

Tiefere Nettoinvestitionen:	in Mio. Fr.
Allgemeine und Bildungsbauten	4,8
Kantonsstrassenbau	17,2
Öffentlicher Verkehr	2,3
Total ergebnisverbessernde Abweichungen der 3 Positionen	24,3

Höhere Nettoinvestitionen:	in Mio. Fr.
Spitalbauten	4,2
Total ergebnisverschlechternde Abweichung:	4,2

Die oben aufgeführten 4 Positionen (-20,1 Mio. Fr.) erklären die Reduktion der Nettoinvestitionen von 19,4 Mio. Fr. gegenüber dem Voranschlag.

1.2 Die grössten Abweichungen zwischen Rechnung 2007 und Rechnung 2008

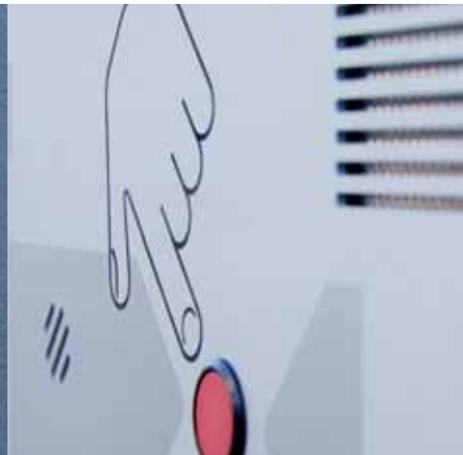
Massgeblichen Einfluss auf die Rechnung 2008 im Vergleich zur Rechnung 2007 haben einerseits die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) und andererseits die vom Volk am 21. Oktober 2007 beschlossene Steuergesetzrevision, welche am 1. 1. 2008 in Kraft getreten ist.

1.2.1 Erfolgsrechnung

Mehrertrag (Ergebnisverbesserung)	in Mio. Fr.
1) Bundesanteile (Kontengruppe 6416)	135,1
	135,1

Minderaufwand (Ergebnisverbesserung):	
2) GB «Hochbau»*	4,3
3) Volksschulen	2,2
4) Ergänzungsleistungen AHV/IV	4,8
5) Sozialversicherungen AHV/IV	91,3
6) Zinsendienst (Kontengruppe 6418)	5,0
7) Bildung/Auflösung Rückstellungen GB-Reserven (netto)	6,0
	113,6
Total ergebnisverbessernde Abweichungen der 7 Positionen	248,7

Minderertrag (Ergebnisverschlechterung)	in Mio. Fr.
8) Steuerertrag (Kontengruppe 6432)	64,7
9) Vermögenserträge (Kontengruppe 6417)	5,6
10) Erlös aus veräussertem Grundeigentum	4,8
	75,1



Mehraufwand (Ergebnisverschlechterung):	in Mio. Fr.
11) GB «Öffentlicher Verkehr»*	8,0
12) Abschreibungen HBA	2,9
13) GB «Justizverwaltung»*	5,9
14) Schulgelder (netto, inkl. Hochschulwesen)	4,6
15) GB «Volksschulen und Kindergarten»*	2,9
16) Betriebskosten-/Defizitbeiträge an Sonderschulheime	32,6
17) GB «Mittelschulbildung»*	3,5
18) GB «Berufsschulbildung»*	4,7
19) Fachhochschulen	36,3
20) Betriebsbeiträge an Spitäler	11,4
21) Taggelder Strafvollzug	4,4
22) Prämienverbilligung KVG	13,9
23) Soziale Dienste	51,4
24) GB «Polizei»*	3,9
25) GB «Wirtschaft und Arbeit»*	2,0
26) Sozialleistungen	3,7
	192,1
Total ergebnisverschlechternde Abweichungen der 19 Positionen	267,2

Die oben aufgeführten 26 Positionen (-18,5 Mio. Fr.) vermögen die Verschlechterung des operativen Ergebnisses von 23,4 Mio. Fr. gegenüber der Rechnung 2007 zu rund 80 % zu erklären.

1.2.2 Investitionsrechnung

Tiefere Nettoinvestitionen:	in Mio. Fr.
1) Allgemeine und Bildungsbauten	3,3
2) Kantonsstrassenbau	18,8
3) Nationalstrassenbau	2,6
Total ergebnisverbessernde Abweichungen der 3 Positionen	24,7

Höhere Nettoinvestitionen:	in Mio. Fr.
4) Spitalbauten	11,4
5) Vermessung	2,2
6) Polizei	2,0
7) Rückstellung für nicht beanspruchte GB-Kredite IR	2,8
Total ergebnisverschlechternde Abweichungen der 4 Positionen	18,4

Die oben aufgeführten 7 Positionen (-6,3 Mio. Fr.) vermögen die Reduktion der Nettoinvestitionen von 6,7 Mio. Fr. gegenüber der Rechnung 2007 zu rund 94 % zu erklären.



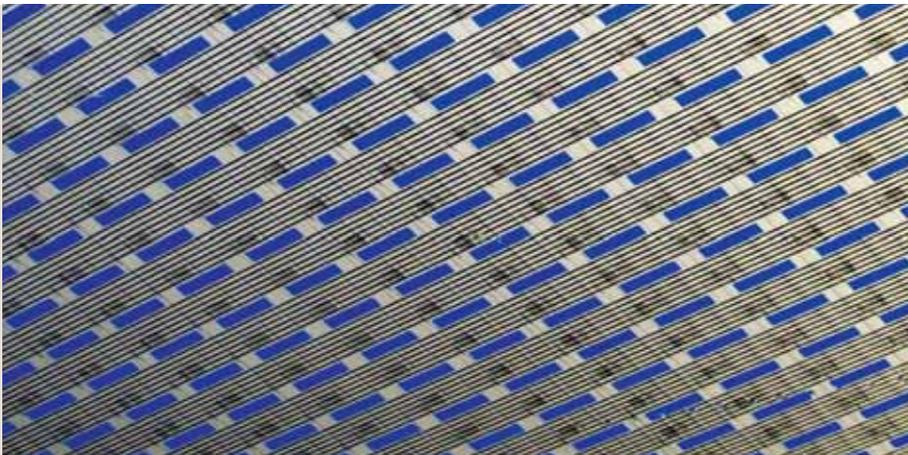
1.3 Finanzkennzahlen 2004 – 2008

Die nachfolgenden Kennzahlen zeigen die Entwicklung der kantonalen Finanzlage anhand der Staatsrechnungen 2004 bis 2008.

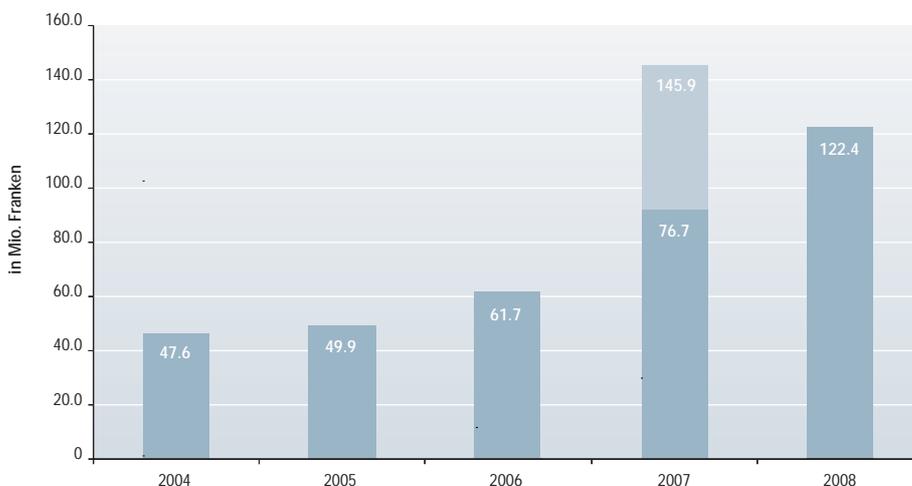
Kennzahlen (in Mio. Fr. bzw. %)	2004	2005	2006	2007	2008
Cash Flow	129,3	126,8	138,0	244,9	195,4
- Abschreibungen	-81,7	-76,9	-76,3	-99,1	-73,0
Operatives Ergebnis ER	+47,6	+49,9	+61,7	+145,8	+122,4
+ Bilanzbereinigung	+44,0				
+ a.o. Erträge/Aufwände		+513,1		-69,1	
Gesamtergebnis	+91,6	+563,0	+61,7	+76,7	+122,4
Nettoinvestitionen	81,2	75,5	91,7	110,0	103,3
Operatives Finanzierungsergebnis	+48,1	+51,3	+46,3	+134,9	+92,1
Effektives Finanzierungsergebnis	+42,8	+549,1	+46,3	+134,9	+92,1
Operativer Selbstfinanzierungsgrad	159%	168%	150%	223%	189%
Effektiver Selbstfinanzierungsgrad	153%	827%	150%	223%	189%
Gesamtabschreibungssatz	23,4%	24,6%	22,1%	43,0%*	21,5%
Nettoverschuldung	-996,0	-446,8	-400,5	-265,5	-173,3
Dito, in Fr. pro Einwohner	-3'990	-1'780	-1'590	-1'050	-680
Nettozinsaufwand total	35,6	27,7	17,9	10,4	12,0
Dito, in % der Staatssteuern	5,4%	3,9%	2,5%	1,3%	1,6%
Verlustvortrag (+) / Eigenkapital (-)	+543,0	-20,0	-81,7	-158,4	-280,9
EinwohnerInnen per Ende Jahr	249'710	250'614	251'617	253'023	254'414

* inkl. a.o. Abschreibungen (sonst 25,3%)

Der operative Cash Flow (ohne a.o. Aufwendungen) liegt mit 195,4 Mio. Fr. um rund 50 Mio. Fr. unter dem entsprechenden Wert des Vorjahres (2007: 244,9 Mio. Fr.).

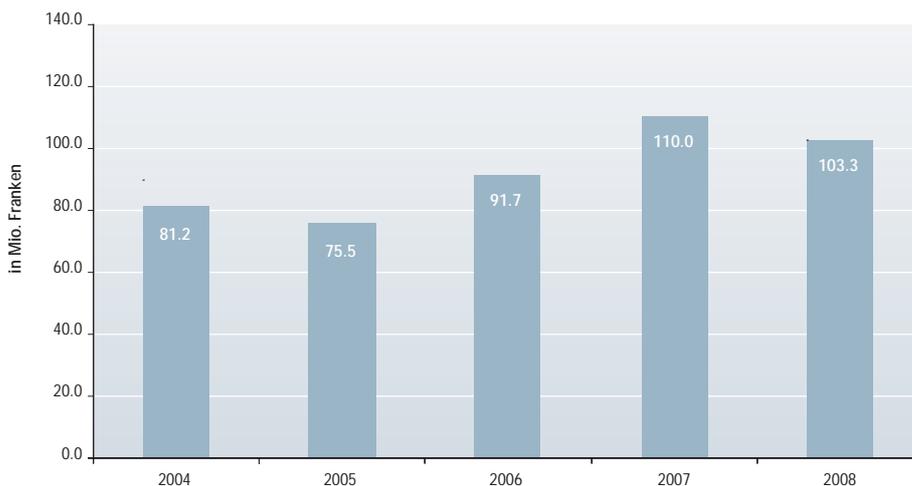


Aufwand- bzw. Ertragsüberschüsse in Mio. Fr.



Seit 2003 schlossen die Rechnungen stets mit einem steigenden operativen Ertragsüberschuss ab. Diese Tendenz setzt sich 2008 erfreulicherweise fort.

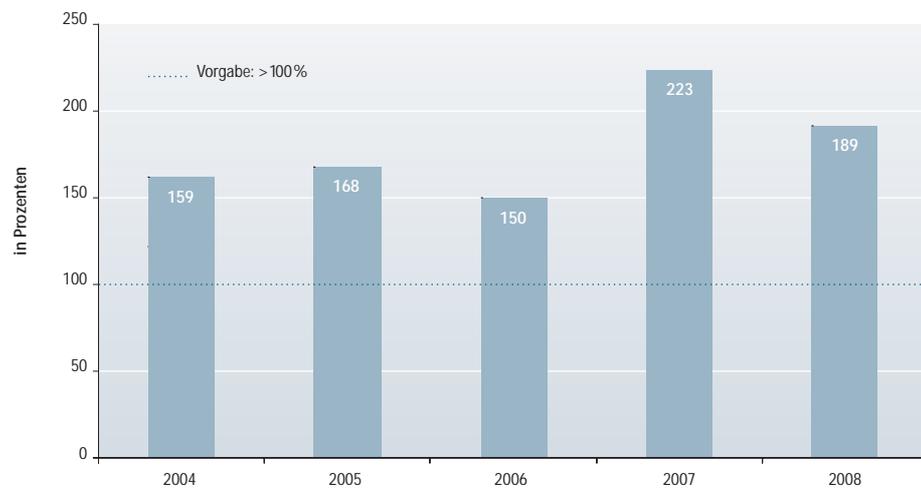
Nettoinvestitionen in Mio. Fr.



Mit Nettoinvestitionen von 103,3 Mio. Fr. liegt das Investitionsniveau 2008 leicht über dem Durchschnitt der letzten Jahre. Die Höhe der ausgabenwirksamen Nettoinvestitionen beträgt 2008 effektiv 113,7 Mio. Fr. (103,3 Mio. Fr. plus Auflösung GB-Reserven von 10,4 Mio. Fr.). Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist in erster Linie auf die geänderte Praxis bei der Verbuchung der Bundesbeiträge (neu nach Baufortschritt) zurückzuführen. Diese Praxisänderung führte dazu, dass der im Jahr 2008 verbuchte Bundesbeitrag um rund 20 Mio. Fr. höher ausfiel als budgetiert.

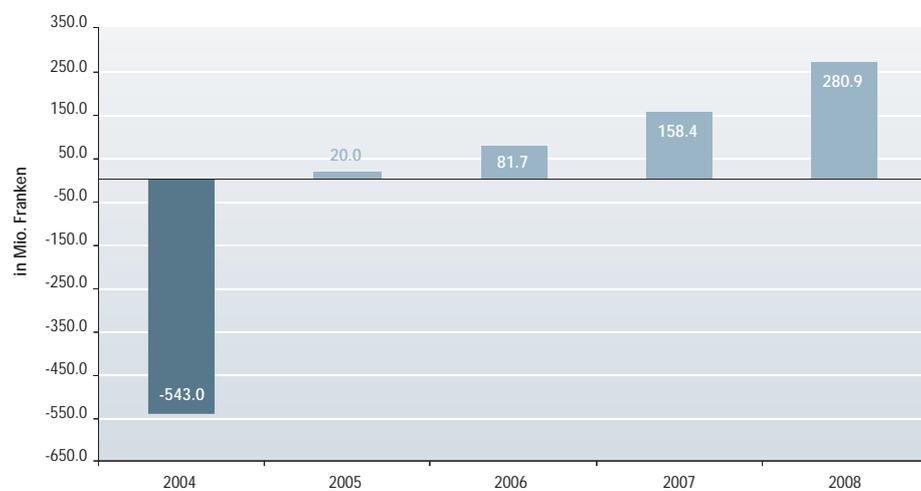


Selbstfinanzierungsgrad in %



Aufgrund des hohen operativen Cash Flows und der kontrollierten Investitionstätigkeit ergibt sich ein Selbstfinanzierungsgrad von rund 189%. Im Vorjahr betrug er sehr gute 223% bei Nettoinvestitionen von 110,0 Mio. Fr. Die Vorgabe der Finanzkommission bezüglich des Selbstfinanzierungsgrades konnten somit weit übertroffen werden.

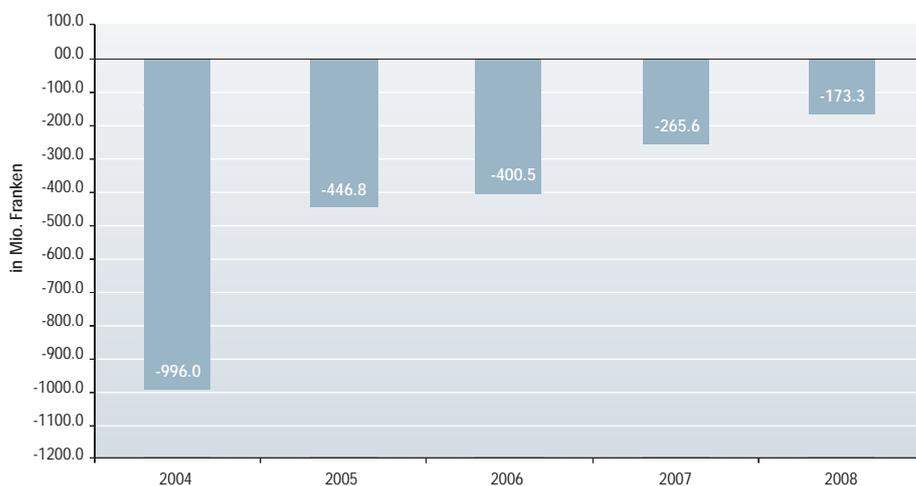
Eigenkapital (+) bzw. Bilanzfehlbetrag (-) in Mio. Fr.





Das Eigenkapital, welches erstmals 2005 entstanden ist, konnte mit dem Rechnungsabschluss 2008 weiter erhöht werden. Per 31. Dezember 2008 weist die Staatsbilanz ein Eigenkapital von 280,9 Mio. Fr. aus.

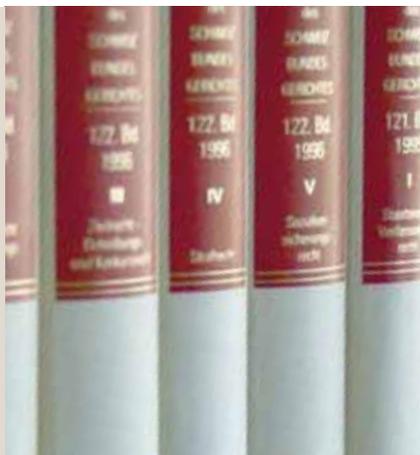
Nettoverschuldung in Mio. Fr.



Mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 189% (Finanzierungsüberschuss von 92,1 Mio. Fr.) kann im Berichtsjahr 2008 die Nettoverschuldung von 265,5 auf 173,3 Mio. Fr. gesenkt werden. Die Nettoverschuldung pro Einwohner beläuft sich per Ende 2008 noch auf 680 Fr. (Vorjahr: 1'050 Fr.).

1.4 Ergebnis nach Behörden und Departementen

Beim Vergleich mit den Zahlen der Rechnung 2007 ist zu berücksichtigen, dass seit dem 1.1.2008 die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) in Kraft ist. Dies führte im Voranschlag 2008 und in der Rechnung 2008 gegenüber der Rechnung 2007 zu verschiedenen Verschiebungen zwischen den Departementen.



1.4.1 Erfolgsrechnung

Behörden

In Mio. Fr.	RE07	VA08	RE08	Diff. 08
Aufwand	5,7	6,1	5,8	-0,3
Ertrag	-0,4	-0,9	-0,9	0
Verrechnungen	-2,6	-1,6	-1,6	0
Saldo	2,7	3,6	3,3	-0,3

Die Saldoverbesserung der Rechnung 2008 gegenüber dem Voranschlag 2008 ist auf Minderkosten beim Kantonsrat infolge einiger ausgefallener Sessionstage sowie auf höhere Einnahmen aus VR-Mandaten des Regierungsrates zurückzuführen. Im Vergleich zur Rechnung 2007 ist zu berücksichtigen, dass ab 2008 beim Kantonsrat durch die erstmalige Ausrichtung einer Grundentschädigung sowie höherer Spesenentschädigungen wiederkehrende Mehrausgaben im Umfang von ca. 0,35 Mio. Fr. anfallen.

Staatskanzlei

In Mio. Fr.	RE07	VA08	RE08	Diff. 08
Aufwand	10,2	11,6	11,1	-0,5
Ertrag	-3,0	-3,2	-3,1	0,1
Verrechnungen	-5,9	-6,2	-6,1	0,1
Saldo	1,3	2,2	1,9	-0,3

Die Verbesserung von 0,3 Mio. Fr. ist hauptsächlich auf den besseren Abschluss des Globalbudgets «Dienstleistungen der Staatskanzlei» aufgrund geringerer Portikosten zurückzuführen. Der um ca. 0,9 Mio. Fr. tiefere Aufwand in der Rechnung 2007 ist insofern für einen Vergleich ungeeignet, weil im Globalbudget «Drucksachen/Lehrmittel» per Ende 2007 die Grosskredite für den externen Drucksacheneinkauf bzw. die Herstellung neuer Lehrmittel nicht ausgeschöpft worden sind (Grund: weniger bzw. zeitlich verschobene Projekte).

Bau- und Justizdepartement

In Mio. Fr.	RE07	VA08	RE08	Diff. 08
Aufwand	209,3	227,2	201,7	-25,5
Ertrag	-134,5	-120,0	-100,4	19,6
Verrechnungen	-75,0	-83,2	-83,2	0
Saldo	-0,3	24,0	18,1	-5,9

Die markanten Abweichungen sowohl im Bereich des Aufwandes wie der Erträge sind zu einem grossen Teil durch die gegenüber dem Budget tieferen Nettoinvestitionen im spezialfinanzierten Tiefbau zurückzuführen. Dies ist eine Folge der veränderten Verbuchung der Bundesbeiträge im Projekt Entlastung Region Olten (Neu nach Baufortschritt und nicht mehr nach Zahlungsplan). Diese Praxisänderung führte dazu, dass der im Jahr 2008 verbuchte Bundesbeitrag um rund 20 Mio. Fr. höher ausfiel als budgetiert. Die so tiefer ausgefallenen



spezialfinanzierten Nettoinvestitionen führten zu entsprechend tieferen Abschreibungen (spezialfinanzierte Investitionen werden im selben Jahr zu 100 % abgeschrieben) und damit zu geringeren Entnahmen (Erträge) aus der Spezialfinanzierung Strassenbaufonds.

Abgesehen von diesem buchhalterischen Effekt, führte die Verschiebung der Auszahlung der Beiträge an die Sanierung der Schiessanlagen (2 Mio. Fr.), ausserordentlich geringe Vollzugskosten im Bereich der Jugendanwaltschaft (1,3 Mio. Fr.), ausserplanmässig erbrachte Dienstleistungen für die Nationalstrassenunterhaltsgesellschaft der Nordwestschweiz NSNW (1,3 Mio. Fr.) sowie geringer ausgefallene Beiträge an Gemeinden an Schülertransportkosten (0,7 Mio. Fr.) zu einer Entlastung der Rechnung.

Departement für Bildung und Kultur

In Mio. Fr.	RE07	VA08	RE08	Diff. 08
Aufwand	363,0	444,0	447,6	3,6
Ertrag	-40,8	-51,0	-43,6	7,4
Verrechnungen	23,0	25,9	26,1	0,2
Saldo	345,2	418,9	430,1	11,2

Die Budgetüberschreitung von 11,2 Mio. Fr. ist hauptsächlich auf die Erhöhung der Rückstellung für die Schliessung der Deckungslücke Pensionskasse Solothurn für die Versicherten der Fachhochschule Nordwestschweiz Solothurn und der Pädagogischen Fachhochschule Solothurn gemäss Kantonsratsbeschluss SGB 229/2004 vom 4. 5. 2005 zurückzuführen (+48,4 Mio. Fr.). Die Mehrbelastung konnte teilweise durch Minderaufwendungen in den Bereichen Volksschulen (-5,1 Mio. Fr.), Sonderschulen (-16,9 Mio. Fr.), Schulgelder (-1,4 Mio. Fr.), neue Abrechnungsart Bundesbeiträge Berufsbildung (-13,0 Mio. Fr.) aufgefangen werden.

Der Minderertrag von 7,4 Mio. gegenüber dem Budget ist vorwiegend auf die neue Abrechnungsart der Bundesbeiträge Berufsbildung (-13,1 Mio. Fr.), Bundesbeiträge an Schulgelder für die höhere Berufsbildung (+2,4 Mio. Fr.), Bundesbeiträge an Einführungskurse (+1,6 Mio. Fr.), höhere Beiträge von Gemeinden an progymnasialen Unterricht (+1,0 Mio. Fr.), höhere Erträge von ausserkantonalen Schülern am Bildungszentrum Gesundheit und Soziales (+0,8 Mio. Fr.) zurückzuführen.

Gegenüber dem Jahr 2007 stiegen die Aufwendungen in den Bereichen Sonderschulen als Folge des Inkrafttretens der NFA (+30,5 Mio. Fr.), Fachhochschulen (+36,3 Mio. Fr.), Schulgelder (+4,6 Mio. Fr.).



Finanzdepartement

In Mio. Fr.	RE07*	VA08	RE08	Diff. 08
Aufwand	162,1	159,1	153,1	-6,0
Ertrag	-1'183,4	-1'198,1	-1'260,4	-62,3
Verrechnungen	-1,1	-4,8	-3,0	1,8
Saldo	-1'022,4	-1'043,8	-1'110,3	-66,5

* ohne a.o. Aufwendungen (zusätzlichen Abschreibungen der Investitionsbeiträge von 69,1 Mio. Fr.)

Die Verbesserung gegenüber dem Budget von 66,5 Mio. Fr. ist hauptsächlich auf die Mehrerträge bei den Steuern (+51 Mio. Fr.) zurückzuführen.

Im Vergleich mit der Rechnung 2007 führte auf der Ertragsseite die Einführung des NFA insbesondere im sog. Ressourcenausgleich zu Mehreinnahmen. Auf der Aufwandseite führten tiefere ordentliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen und tiefere Zinsbelastungen zu Minderaufwendungen.

Departement des Innern

In Mio. Fr.	RE07	VA08	RE08	Diff. 08
Aufwand	675,0	701,3	705,0	3,7
Ertrag	-272,4	-281,1	-304,6	-23,5
Verrechnungen	67,9	70,3	70,0	-0,3
Saldo	470,5	490,5	470,4	-20,1

Die Verbesserung gegenüber dem Budget um 20,1 Mio. Fr. ist hauptsächlich auf Minderaufwände von 9,7 Mio. Fr. bei den Spitalbehandlungen gemäss KVG, von 3,2 Mio. Fr. bei den Sozialversicherungen (wegen ungewisser Auswirkungen des NFA-Effektes und des Sozialgesetzes wurde jedoch ein Rückstellung von 6 Mio. Franken getätigt) und von 4,3 Mio. Fr. bei den Taggeldern Strafvollzug zurückzuführen.

Gegenüber dem Vorjahr 2007 schliesst die Rechnung 2008 wegen des NFA-Effektes ausgeglichen ab. Einsparungen gab es bei den Sozialversicherungen (-74 Mio. Fr.). Ins Gewicht fallende Mehraufwände liegen bei den Beiträgen an Heime (50 Mio. Fr.), bei den Betriebsbeiträgen an die Spitäler (10,8 Mio. Fr.), bei den Taggeldern Strafvollzug (4,3 Mio. Fr.) sowie bei der Polizei (3,4 Mio. Fr.).

Volkswirtschaftsdepartement

In Mio. Fr.	RE07	VA08	RE08	Diff. 08
Aufwand	165,8	159,4	167,1	7,7
Ertrag	-117,5	-110,4	-118,0	-7,6
Verrechnungen	-8,8	-3,5	-4,7	-1,2
Saldo	39,5	45,5	44,4	-1,1



Die Verbesserung von 1,1 Mio. Fr. gegenüber dem Budget ergibt sich nicht aufgrund einzelner grosser Abweichungen sondern aufgrund vieler einzelner positiver und auch negativer Abweichungen. Grössere Differenzen ergaben sich bei dem für das VWD saldoneutralen Durchlaufposten Finanzausgleich Kirchgemeinden (Aufwand +5 Mio. Fr., Entnahme aus der Spezialfinanzierung +3,5 Mio. Fr. und interne Verrechnungen +1,5 Mio. Fr.) und durchlaufenden Bundesbeiträgen in den Bereichen Landwirtschaft und Militär (+1,5 Mio. Fr.).

Gerichte

In Mio. Fr.	RE07	VA08	RE08	Diff. 08
Aufwand	20,3	21,5	22,2	0,7
Ertrag	-5,1	-5,0	-5,0	0
Verrechnungen	2,5	2,9	2,4	-0,5
Saldo	17,7	19,4	19,6	0,2

Die Abweichungen zum Voranschlag von 1,3 Mio. Fr. ist im Wesentlichen auf zwei ausserordentlich kostspielige Strafverfahren zurückzuführen, in denen insgesamt 1,8 Mio. Fr. für Anwaltshonorare und Entschädigungen ausgegeben werden mussten.

1.4.2 Investitionsrechnung

Bau- und Justizdepartement

In Mio. Fr.	RE07	VA08	RE08	Diff. 08
Ausgaben	163,6	179,0	181,2	2,2
Einnahmen	-63,3	-69,9	-91,5	-21,6
Nettoinvestitionen	100,3	109,1	89,7	-19,4

Für Bildungs- und Allgemeine Bauten wurden 13,7 Mio. Fr. (Voranschlag: 18,4 Mio. Fr.) ausgegeben.

Für Spitalbauten wurden Nettoinvestitionen in der Höhe von 34,6 Mio. Fr. getätigt, das sind 4,4 Mio. Fr. mehr als budgetiert.

Die Nettoinvestitionen für den Kantonsstrassenbau betragen 40,2 Mio. Fr. (2007: 59,0 Mio. Fr.). An die Bruttoausgaben von 104,4 Mio. Fr. (2007: 92,5 Mio. Fr.) zahlen der Bund 54,2 Mio. Fr. (2007: 18,9 Mio. Fr.) und die Gemeinden 14,0 Mio. Fr. (2007: 14,6 Mio. Fr.).

Abschlussarbeiten an den Nationalstrassen kosteten 16,7 Mio. Fr. (2007: 23,6 Mio. Fr.). Daran beteiligte sich der Bund mit 15,6 Mio. Fr. (Finanzierungsschlüssel gemäss den Regeln vor Inkrafttreten der NFA).



Beim öffentlichen Verkehr betragen die Investitionsausgaben brutto 0,5 Mio. Fr. (Voranschlag: 4,0 Mio. Fr.). Rückzahlungen von Darlehen verschiedener öV-Betriebe von 2,0 Mio. Fr. (Voranschlag: 1,3 Mio. Fr.) führten zu einem Einnahmenüberschuss von 0,8 Mio. Fr. (Voranschlag: Ausgabenüberschuss von 1,5 Mio. Fr.).

Beim Amt für Umwelt betragen die Investitionsausgaben brutto 2,8 Mio. Fr. (Voranschlag 3,4 Mio. Fr.). Bundesbeiträge (1,6 Mio. Fr.) sowie die Rückzahlung von Darlehen in der Höhe von 2,0 Mio. Fr. führten zu einem Einnahmenüberschuss von rund 0,8 Mio. Fr. (Voranschlag: 0,5 Mio. Fr.).

Die Amtliche Vermessung investierte in die Realisierung des Projektes RADAV (Rasche Erfassung der Daten der Amtlichen Vermessung) 3,1 Mio. Fr. (Voranschlag: 3,3 Mio. Fr.). Die Beiträge des Bundes (0,9 Mio. Fr.) und der Gemeinden (0,6 Mio. Fr.) führten zu einem Ausgabenüberschuss von 1,5 Mio. Fr. (Voranschlag: 1,8 Mio. Fr.).

Departement für Bildung und Kultur

In Mio. Fr.	RE07	VA08	RE08	Diff. 08
Ausgaben	2,0	2,4	2,3	-0,1
Einnahmen	-1,6	-1,5	-1,7	-0,2
Nettoinvestitionen	0,4	0,9	0,6	-0,3

Für Ausbildungsdarlehen sind 1,7 Mio. Fr. (Voranschlag: 1,8 Mio. Fr.) ausbezahlt worden. Die Rückzahlungen lagen bei 1,7 Mio. Fr. (Voranschlag: 1,5 Mio. Fr.). Für die Ausrüstung der Kantonalen Schulen mit EDV-Systemen wurden wie budgetiert 0,6 Mio. Fr. verwendet.

Finanzdepartement

In Mio. Fr.	RE07	VA08	RE08	Diff. 08
Ausgaben	-1,4	0,3	1,6	1,3
Einnahmen	-0,2	0	-1,9	-1,9
Nettoinvestitionen	-1,6	0,3	-0,3	-0,6

Infolge von Reservenbezügen und dem Verzicht auf neue Globalbudgets in der Investitionsrechnung ab 1.1. 2009 und der damit verbundenen Auflösung der noch vorhandenen Reserven der «ausgelaufenen» Globalbudgets (Hochbau, Strassenbau, Landwirtschaft) konnten zentral gebildete Rückstellungen in der Höhe von netto 10,4 Mio. Fr. zugunsten der Investitionsrechnung 2008 aufgelöst werden.

Das Amt für Informatik und Organisation hat aufgrund von Verzögerungen bei der Realisierung von Kundenprojekten und Kapazitätsengpässen beim Personal mit 6,9 Mio. Fr. rund 1,7 Mio. Fr. unter dem Voranschlag 2008 (8,6 Mio. Fr.) abgeschlossen.



Departement des Inneren

In Mio. Fr.	RE07	VA08	RE08	Diff. 08
Ausgaben	8,2	12,0	14,1	2,1
Einnahmen	-0,6	-3,1	-4,7	-1,6
Nettoinvestitionen	7,6	8,9	9,4	0,5

Die Polizei investierte 9,1 Mio. Fr., budgetiert waren 8,3 Mio. Fr. Die grössten Ausgabenposten waren mit 6,9 Mio. Fr. die Einführung des neuen Sicherheitsfunknetzes POLYCOM für den Kanton Solothurn sowie Motorfahrzeuge (1,5 Mio. Fr.).

Volkswirtschaftsdepartement

In Mio. Fr.	RE07	VA08	RE08	Diff. 08
Ausgaben	6,2	8,3	9,1	0,8
Einnahmen	-2,8	-4,8	-5,1	-0,3
Nettoinvestitionen	3,4	3,5	4,0	0,5

Innerhalb des Finanzausgleichs Einwohnergemeinden wurden 1,2 Mio. Fr. Investitionsbeiträge an Schulbauten anstelle der budgetierten 0,4 Mio. Fr. ausbezahlt.

Im Amt für Militär und Bevölkerungsschutz wurde mit der Beschaffung von zwei Fahrzeugen (156 KFr.) die Investitionsgrenze überschritten und der Gesamtbetrag wurde aktiviert.

2.

Rahmenbedingungen

Materiell waren vor allem die folgenden finanzpolitischen Bedingungen und Budgetbeschlüsse zu berücksichtigen:

Wirtschaftswachstum 2008

Gemäss den Angaben des SECO, Staatssekretariat für Wirtschaft hat die Schweizer Wirtschaft 2008 mit 1.8% erneut ein starkes Wachstum vom BIP verzeichnet. Die gute Wirtschaftslage führte auch im Kanton Solothurn insgesamt zu einer Ertragssteigerung gegenüber dem Voranschlag sowohl bei den Steuererträgen der juristischen als auch bei den natürlichen Personen. Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich jedoch im 2. Halbjahr 2008 auch in den klein- und mittelständischen Unternehmen des Kantons Solothurn bemerkbar gemacht und der Konjunkturabschwung hat sich seit dem September 2008 rasant beschleunigt. Die durchschnittliche Jahresteuern im 2008 betrug 2.4%.

Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) führt einerseits zu Mehrerträgen beim sogenannten Ressourcenausgleich (direkter Finanzausgleich) und zu Entlastungen im Bereich Sozialversicherungen AHV/IV (wird zu einer Bundesaufgabe), andererseits zu Mehrbelastungen des Kantons u.a. in den Bereichen Heime und Werkstätten, Sonderschulheime, Prämienverbilligungen KVG und öffentlicher Verkehr (Wegfall Finanzkraftzuschläge und teilweise Kantonalisierung). Aufgrund der Korrektur eines Berechnungsfehlers (fehlerhafte Datenübermittlung des Kantons St. Gallen) erhält der Kanton Solothurn 6,6 Mio. Fr. weniger als budgetiert, obwohl sich der Ressourcenindex des Kantons gegenüber dem Vorjahr nicht verändert hat.

Staatssteuer/Steuergesetzrevision

Am 1. Januar 2008 trat eine vom Volk am 21. Oktober 2007 angenommene Teilrevision des Steuergesetzes in Kraft. Die Steuergesetzrevision beinhaltet Steuererleichterungen für die natürlichen und für die juristischen Personen. Es wurden die Tarife der Einkommens-, der Vermögens- sowie der Kapitalsteuer gesenkt. Zudem hat der Kantonsrat den Steuerfuss von 108 Prozent auf 105 Prozent gesenkt. Das führte im Jahr 2008 zu einem geschätzten Minderertrag von gut 52 Mio. Fr.. Die mit dieser Teilrevision ebenfalls in Kraft getretene starke Erhöhung der Abzüge für Versicherungsprämien und für Kinderbetreuungskosten wird erstmals im Jahr 2009 wirksam.

Treibstoffzollanteil, LSVA und Globalbudgetbeiträge Hauptstrassen

Der Allgemeine Treibstoffzollanteil von 9,7 Mio. Fr. (Vorjahr: 12,6 Mio. Fr.) sowie der Ertrag aus der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) von 12,2 Mio. Fr. (Vorjahr: 11,4 Mio. Fr.) und erstmals die Globalbudgetbeiträge des Bundes an die Hauptstrassen gemäss NFA (1,4 Mio. Fr.) wurden vollumfänglich der Spezialfinanzierung «Strassenbaufonds» zugewiesen.

Löhne

Im Jahr 2007 haben die Vertragsparteien, gestützt auf Artikel 17 des Gesamtarbeitsvertrages (GAV), über die Lohnentwicklung verhandelt. Die Gesamtarbeitsvertragskommission (GAVKO) hat sich nach längeren Verhandlungen auf eine Erhöhung der Löhne für das Staatspersonal



und die Lehrpersonen an den Volksschulen um 2,0% auf der Basis der im Jahre 2007 ausgerichteten Löhne ab dem 1. Januar 2008 geeinigt. Der Regierungsrat hat diesem in der GAVKO erzielten Verhandlungsergebnis am 29. Oktober 2007 (RRB Nr. 2007/1830) zugestimmt. Die daraus folgenden Mehrkosten von insgesamt rund 16,4 Mio. Fr. sind im Rechnungsabschluss enthalten.

Abschreibungen

Die ordentlichen Abschreibungen sind mit 10% auf dem Verwaltungsvermögen (29,7 Mio. Fr.) und 100% auf den Spezialfinanzierungen (43,3 Mio. Fr.) in der Rechnung enthalten. Die Investitionsbeiträge (2008: 5,0 Mio. Fr.) werden seit dem 1.1.2008 in der Investitionsrechnung aktiviert, jedoch gleichzeitig in der Erfolgsrechnung zu 100% abgeschrieben.

Rückstellungen

Mit dem Rechnungsabschluss wurden hauptsächlich folgende Rückstellungen erhöht:

- | Für die Schliessung der Deckungslücke der Pensionskasse Solothurn für die Versicherten der Fachhochschule Nordwestschweiz und der Pädagogischen Fachhochschule Solothurn wurde die bestehende Rückstellung um 48,4 Mio. Fr. auf 60,1 Mio. Fr. erhöht.
- | Die Rückstellungen für gefährdete Steuerguthaben wurde um 6,0 Mio. Fr. aufgestockt.
- | Für den Kantonsanteil der Ergänzungsleistungen wurden 6,0 Mio. Fr. zurückgestellt.

Mit dem Rechnungsabschluss wurden hauptsächlich folgende Rückstellungen vermindert:

- | In der Erfolgsrechnung konnten die Globalbudgetreserven gesamthaft um 6,0 Mio. Fr. reduziert werden.
- | In der Investitionsrechnung konnten die Globalbudgetreserven gesamthaft um 10,4 Mio. Fr. reduziert werden.
- | Die restliche Rückstellung von 1,5 Mio. Fr. für die Lohnnachzahlungen des Personals der Spitäler konnte vollständig aufgelöst werden, da die Forderungen beglichen sind.
- | Die Rückstellung für die Bemessungslücke der Pauschalsubvention BBT von 2,2 Mio. Fr. konnte infolge Veränderung der Verbuchungspraxis aufgelöst werden.
- | Die Rückstellung für den IV-Aufwand durch den neuen Finanzausgleich (NFA) konnte im 2008 um 9,6 Mio. Fr. vermindert werden, da die Verpflichtungen bezahlt wurden.

Gesamthaft erhöhten sich die Rückstellungen von 95,0 Mio. Fr. per 31. Dezember 2007 um 30,5 Mio. Fr. auf 125,5 Mio. Fr. per 31. Dezember 2008.

Verzinsung Spezialfinanzierung

Im Rechnungsjahr 2008 wurde, wie bereits in den Vorjahren, auf die Verzinsung der Spezialfinanzierungen verzichtet, soweit das Gesetz im Einzelfall nicht zwingend eine Verzinsung vorschreibt.

Formelle Grundlage

Formell richtet sich der Geschäftsbericht 2008 nach der per 1. Januar 2005 in Kraft getretenen WoV-Gesetzgebung (Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1). Für den Geschäftsbericht findet insbesondere §24 WoV-G Anwendung.

3.

Die grössten Aufwandpositionen

3.1 Besoldungskosten

Der Voranschlag 2008 enthält eine Lohnerhöhung von 2,0%. Dies führte zu einer Erhöhung der Besoldungskosten der Verwaltung, kantonalen Schulen, Anstalten und Gerichte von rund 6,2 Mio. Fr. (ohne Sozialversicherungsbeiträge), die in den Budgets der Dienststellen enthalten sind.

Die Besoldungen der Spitäler und der Fachhochschule sind in den Staatsbeiträgen an die Spitäler bzw. an die Fachhochschule enthalten.

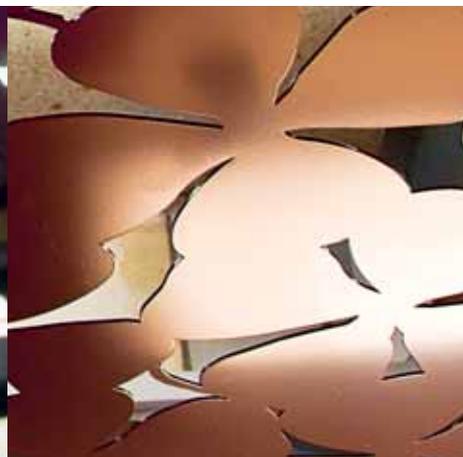
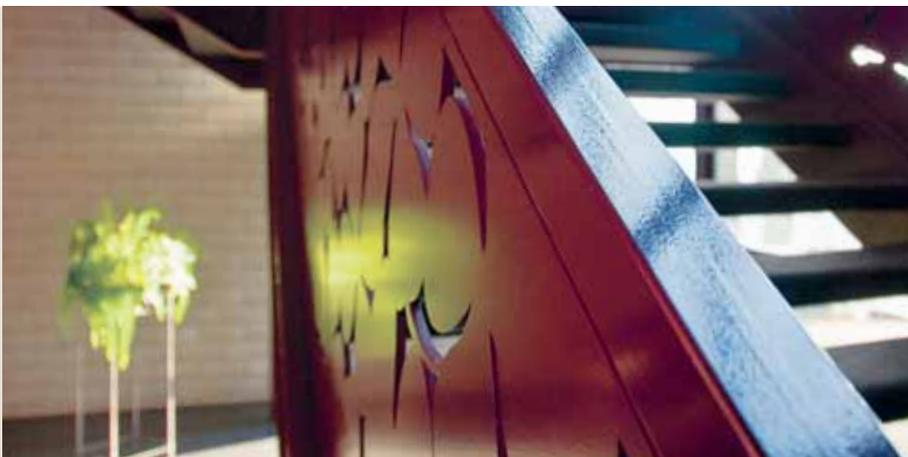
Departement	Voranschlag 2008	Rechnung 2008	Differenz in Fr.	Differenz in %
Behörden	2'592'983	2'531'494	-61'489	-2,4
Staatskanzlei	2'921'578	2'866'606	-54'972	-1,9
Bau und Justiz	41'364'871	36'809'468	-4'555'403	-11,0
Bildung und Kultur				
– Lehrkräfte	70'163'323	67'457'456	-2'705'867	-3,8
– Verwaltungspersonal	27'448'835	26'397'581	-1'051'254	-3,8
Finanz	49'382'393	47'792'728	-1'589'665	-3,2
Inneres				
– Polizei	44'157'779	44'170'101	12'322	0,1
– Verwaltungspersonal	36'494'321	36'159'220	-335'101	-0,9
Volkswirtschaft	31'849'777	30'229'620	-1'620'157	-5,1
Gerichte				
– Richter	4'574'210	4'422'219	-151'991	-3,3
– Verwaltungspersonal	8'663'721	8'656'905	-6'816	-0,1
Total Besoldungen	319'613'791	307'493'398	-12'120'393	-3,8

Die obige Tabelle zeigt bei den Besoldungen gegenüber dem Voranschlag eine Abnahme von 12,1 Mio. Fr. oder 3,8%, die sich auf verschiedene Positionen verteilt.

Der bedeutenste Minderaufwand ist beim Bau- und Justizdepartement zu verzeichnen. Er beträgt 4,6 Mio. Fr. oder 11,0% und ist v.a. auf die Abtretung des Unterhalts der Nationalstrassen an den Bund per 1. März 2008 zurückzuführen. Zum Zeitpunkt der Budgetierung waren die Einzelheiten dieses Geschäfts noch nicht bekannt.

Beim Departement für Bildung und Kultur wurden die Lehrerbesoldungen um 2,7 Mio. Fr. oder 3,8 % unterschritten. Dies ist hauptsächlich auf eine restriktive Klassenbildung in den Berufsbildungszentren und den Mittelschulen zurückzuführen.

Aufgrund der günstigen Entwicklung des Arbeitsmarkts im 2008 wurden von den budgetierten Besoldungen des Volkswirtschaftsdepartementes 1,6 Mio. Fr. oder 5,1 % nicht ausgeschöpft.



Vergleich der Besoldungskosten Rechnung 2007/Rechnung 2008

Departement	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Differenz in Fr.	Differenz in %
Behörden	2'245'445	2'531'494	286'049	12,7
Staatskanzlei	2'823'353	2'866'606	43'253	1,5
Bau und Justiz	37'718'136	36'809'468	-908'668	-2,4
Bildung und Kultur				
– Lehrkräfte	65'335'255	67'457'456	2'122'201	3,2
– Verwaltungspersonal	24'818'664	26'397'581	1'578'917	6,3
Finanz	46'734'798	47'792'728	1'057'930	2,3
Inneres				
– Polizei	41'718'219	44'170'101	2'451'882	5,9
– Verwaltungspersonal	34'784'860	36'159'220	1'374'360	3,9
Volkswirtschaft	29'410'414	30'229'620	819'206	2,8
Gerichte				
– Richter	4'175'819	4'422'219	246'400	5,9
– Verwaltungspersonal	8'621'990	8'656'905	34'915	0,4
Total Besoldungen	298'386'953	307'493'398	9'106'445	3,0

Gegenüber dem Vorjahr erhöht sich der Besoldungsaufwand um insgesamt 9,1 Mio. Franken oder 3,0%. Die Zunahme ist hauptsächlich auf die gewährte Lohnerhöhung per 1.1. 2008 von 2,0% und Stufenanstiege zurückzuführen.



3.1.1 Pensenübersicht

In der folgenden Tabelle wird die Veränderung der Stellenprozente pro Globalbudget gegenüber dem Vorjahr ersichtlich. Dazu zählen alle Mitarbeitenden und Lehrpersonen, welche unbefristet, befristet oder stundenweise mit variablem Pensum angestellt sind sowie das Reinigungspersonal.

GB-Name	31.12.2007	31.12.2008	absolut	in %
Stabdienstleistungen für den Kantonsrat	3.5	3.5	0.0	0.0 %
Dienstleistungen der Staatskanzlei	19.7	19.9	0.2	1.0 %
Durcksachen/Lehrmittel	6.9	6.9	0.0	0.0 %
Total Behörden / Staatskanzlei	30.1	30.3	0.2	0.7 %
Führungsunterstützung BJD	16.2	18.2	2.0	12.3 %
Raumplanung	16.5	17.5	1.0	6.2 %
Hochbau	57.0	56.3	-0.7	-1.2 %
Strassenbau	150.0	120.1	-29.9	-19.9 %
Öffentlicher Verkehr	3.0	3.0	0.0	0.0 %
Umwelt	53.2	48.8	-4.4	-8.3 %
Denkmalpflege und Archäologie	9.8	9.6	-0.2	-2.0 %
Geoinformationen	9.7	10.7	1.0	10.3 %
Jugendanzwaltschaft	7.5	7.4	-0.1	-1.3 %
Staatsanzwaltschaft	50.8	53.6	2.8	5.5 %
Total Bau- und Justizdepartement	373.7	345.2	-28.5	-7.6 %
Führungsunterstützung DBK	14.7	15.6	0.9	6.1 %
Volksschulen und Kingergarten	46.4	45.9	-0.5	-1.1 %
Berufsbildung, Berufs-, Studien und Laufbahnberatung	32.1	35.5	0.4	1.1 %
Kultur und Sport	17.3	16.7	-0.6	-3.5 %
Mittelschulbildung	281.9	287.3	5.4	1.9 %
Berufsschulbildung	246.0	261.9	15.9	6.5 %
Berufsbildung im Gesundheitsbereich	40.3	44.2	3.9	9.7 %
Total Departement Bildung und Kultur	681.7	707.1	25.4	3.7 %
Führungsunterstützung FD und Amtschreibereaufsicht	9.2	10.1	0.9	9.8 %
Finanzen und Statistik	14.1	14.9	0.8	5.7 %
Personalwesen	17.3	16.6	-0.7	-4.0 %
Steuerwesen	195.3	187.7	-7.6	-3.9 %
Informationstechnologie	39.3	39.1	-0.2	-0.5 %
Amtschreiberei-Dienstleistungen	172.4	171.3	-1.1	-0.6 %
Staatsaufsichtswesen	5.6	6.6	1.0	17.9 %
Total Finanzdepartement	453.2	446.3	-6.9	-1.5 %



Gesundheit	35.0	35.0	0.0	0.0%
Soziale Sicherheit	56.4	60.5	4.1	7.3%
Öffentliche Sicherheit	79.9	81.7	1.8	2.3%
Administrative und technische				
Verkehrssicherheit	90.0	92.1	2.1	2.3%
Justizvollzug	92.1	99.7	7.6	8.3%
Polizei	431.2	459.2	28.0	6.5%
Total Departement des Innern	784.6	828.2	43.6	5.6%
Führungsunterstützung VWD	9.8	11.1	1.3	13.3%
Wirtschaft und Arbeit	139.1	127.6	-11.5	-8.3%
Gemeinden und Zivilstandsdienst	28.3	33.5	5.2	18.4%
Wald, Jagd und Fischerei	13.8	13.8	0.0	0.0%
Landwirtschaft	59.5	60.9	1.4	2.4%
Militär und Bevölkerungsschutz	35.3	36.0	0.7	2.0%
Total Volkswirtschaftsdepartement	285.8	288.9	-2.9	-1.0%
Gerichte	103.7	106.2	2.5	2.4%
Total Gerichte	103.7	106.2	2.5	2.4%
Total Globalbudgets	2'712.8	2'746.2	33.4	1.2%

- | Um den gestiegenen Anforderungen an die Flexibilität im Chauffeurdienst gerecht zu werden und einen neuen grösseren und dauernden Kurierauftrag zu erfüllen, wurde der Mitarbeiterbestand der Staatsgarage um eine Person erhöht. Eine längere Krankheit einer Mitarbeiterin machte die Erhöhung einzelner Pensen notwendig. Zudem übernahm das Sekretariat des BJD bis Ende 2008 einen Teil der Kosten eines Mitarbeiters des ARP, welcher auch dort die ausfallende Leistung eines Erkrankten kompensieren muss.
- | Am 1. März 2008 traten 30 Mitarbeitende des Autobahnwerkhofes Oensingen in die neu gegründete Nationalstrassenunterhaltsgesellschaft der Nordwestschweiz NSNW über. Zusätzlich wechselten 3 Mitarbeiter des Amtes für Verkehr und Tiefbau, welche bis anhin im Bereich der Nationalstrassen tätig waren zum Bundesamt für Strassen. Für das Projekt Entlastung Region Olten musste das AVT hingegen verstärkt werden.
- | Der Personalbestand der Polizei erhöhte sich beim Korpsbestand um 14 Pensen (Polizisten 9 Pensen und Polizeiliche Sicherheitsassistenten 5 Pensen), bei den Polizeischülern um 7 Pensen und bei den Zivilangestellten um 7 Pensen. In der letzten Gruppe sind ab 2008 jedoch auch das Reinigungspersonal und die Praktikanten mit 4,2 Pensen enthalten.
- | Der Personalbestand im Amt für Wirtschaft und Arbeit ist stark von der Wirtschaftslage abhängig. Im ersten Halbjahr 2008 war die Konjunktur im Kanton Solothurn noch positiv geprägt und die Stellensuchendenzahlen entsprechend rückläufig.
- | Der Zuwachs im Amt für Gemeinden ist auf die Besetzung von per 31.12.07 bestehenden Vakanzen in der Gemeindeaufsicht und in den Zivilstandsämtern sowie auf die Anstellung eines Koordinators Gemeindefusionen (50%) und temporäre Pensenaufstockungen im Bürgerrecht und Zivilstandsdienst zurückzuführen.



3.1.2 Beiträge an die Pensionskasse und die Sozialversicherungen

Die Beiträge an die staatliche Pensionskasse und die Sozialversicherungen sind den Dienststellen zugewiesen. Der Gesamtbetrag beträgt 61,4 Mio. Fr. (Vorjahr 57,7 Mio. Fr.). Das sind 20,0% der Bruttobesoldungen (Vorjahr 19,2%). Die Erhöhung des Prozentsatzes ist auf die Aufhebung des Verzichts der Reduktion der PK-Arbeitgeberbeiträge aufgrund der SO+ Massnahme Nr. 33 (Zeitlich befristeter Verzicht 2003–2007 auf die Mitfinanzierung des Fehlbetrages durch den Arbeitgeber bzw. Sistierung der Mitfinanzierung des Kantons bei der Erhöhung des Deckungsgrades der Pensionskasse) zurückzuführen.

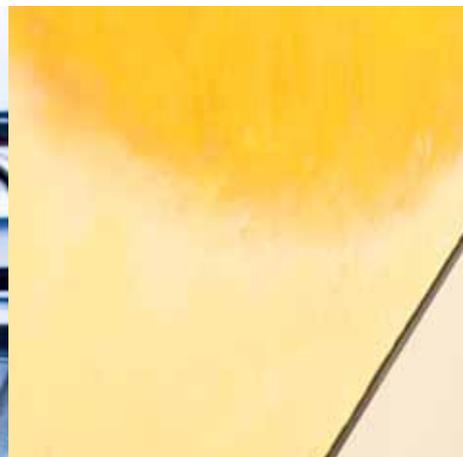
3.2 Nettoaufwendungen für einzelne Schultypen

Die folgende Tabelle orientiert über die Netto-Aufwendungen für die einzelnen Schultypen (in 1'000 Fr.).

Jahr	Volks- schulen	Mittel- schulen	Berufs- schulen	FH und Höhere Fachschulen	Hoch- schulen	Total
(ab 06 ohne HFT)						
2004	117'084	52'364	31'684	25'978	25'617	252'727
2005	123'178	54'812	32'751	25'520	26'008	262'269
2006	123'628	54'457	41'535	35'292	27'104	282'016
2007	129'046	46'540	42'642	45'778	27'508	291'514
2008	162'517	49'963	46'705	82'126	27'396	368'707

Gegenüber der Rechnung des Vorjahres ist bei den Schulen insgesamt ein Mehraufwand von 77,2 Mio. Fr. festzustellen. Diese Abweichung ist vor allem auf folgende Punkte zurückzuführen:

- | Im Bereich der Volksschulen ist der Mehraufwand im Sonderpädagogischen Bereich insbesondere auf das Inkrafttreten der NFA zurückzuführen. Die Invalidenversicherung (IV) leistet ab 1.1. 2008 keine Beiträge mehr an den Bereich Sonderpädagogik.
- | Im Bereich der Mittelschulen ist der Mehraufwand von 3,4 Mio. Fr. hauptsächlich auf die höheren internen Verrechnungen für Miete +1,3 Mio. Fr., höhere Besoldungen und neu abgegrenzte Ferien- und Überzeit +1,1 Mio. Fr., höheren Sachaufwand +0,4 Mio. Fr. und tiefere Beiträge von Gemeinden an den gymnasialen Unterricht während der obligatorischen Schulzeit -0,3 Mio. Fr. zurückzuführen.
- | Im Bereich der Berufsschulen ist der Mehraufwand von 4,1 Mio. Fr. auf die höheren internen Verrechnungen für Miete +1,5 Mio. Fr., höhere Besoldungen Lehrkräfte und Lebo Lehrkräfte (neue Ausbildungsreglemente als Folge des Berufsbildungsgesetzes führen zu mehr Lektionen) +1,7 Mio. Fr. sowie Sozialleistungen +0,7 Mio. Fr. zurückzuführen.
- | Bei der Fachhochschule ist der Mehraufwand auf die Erhöhung der Rückstellung für die Schliessung der Deckungslücke der Pensionskasse Solothurn für die Versicherten der Fachhochschule Nordwestschweiz Solothurn und der Pädagogischen Fachhochschule Solothurn gemäss Kantonsratsbeschluss SGB 229/2004 vom 4.5.2005 zurückzuführen.



3.3 Nettoverschuldung und Zinsendienst

3.3.1 Nettoverschuldung

Die Nettoverschuldung – verstanden als Differenz zwischen den gesamten fremden Mitteln (kurz-, mittel- und langfristigem Fremdkapital sowie Verpflichtungen für Spezialfinanzierungen) einerseits und dem Finanzvermögen (frei verfügbare flüssige Mittel, Guthaben, Anlagen) andererseits – hat sich wie folgt entwickelt:

Nettoverschuldung (in Mio. Fr.)	2004	2005	2006	2007	2008
Fremdkapital*	1'618,8	1'482,9	1'351,5	1'337,2	1'133,3
Spezialfinanzierungen (netto)	39,9	43,3	47,4	33,6	46,4
Total fremde Mittel	1'658,7	1'526,2	1'398,9	1'370,8	1'179,7
./. Finanzvermögen	662,7	1'079,4	998,4	1'105,2	1'006,4
Nettoverschuldung	996,0	446,8	400,5	265,6	173,3

*) ohne Darlehen der landwirtschaftlichen Kreditkasse (2008 total 62,9 Mio. Fr.)

3.3.2 Nettozinsaufwand

Für die Berechnung des Nettozinsaufwandes wird nach Neuem Rechnungsmodell der Sachgruppe 32 (Passivzinsen) die Sachgruppe 42 (Vermögenserträge) gemäss volkswirtschaftlicher Gliederung (vgl. Abschnitt 1.2 in diesem Teil) gegenübergestellt. Die Entwicklung seit 2004 präsentiert sich wie folgt:

Zinsendienst (in Mio. Fr.)	2004	2005	2006	2007	2008
Passivzinsen (Sachgruppe 32*)	49,3	45,9	40,2	36,9	34,6
Vermögenserträge (Sachgruppe 42*)	13,7	18,2	22,3	26,5	22,6
Nettozinsaufwand	35,6	27,7	17,9	10,4	12,0
Total Staatssteuern	665,2	703,6	711,5	814,5	774,8
Nettozinsaufwand in % Staatssteuern	5,4	3,9	2,5	1,3	1,6

*) exkl. Buchgewinne (Sachkonti 424/427/428)

Der Nettozinsaufwand von 12,0 Mio. Fr. liegt um 1,6 Mio. Fr. (+15,4 %) über dem Vorjahr. Er beträgt, gemessen am Ertrag der gesamten Staatssteuer, 1,6 %, d.h. von 100 Fr. Steuerertrag müssen 1,60 Fr. für den Nettozinsendienst ausgegeben werden. Diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, dass die ATEL anstelle einer Dividende eine Aktiennennwertreduktion vorgenommen hat. Die Abgeltung daraus in der Höhe von 16,3 Mio. Fr. wurde erfolgsneutral der Beteiligung gutgeschrieben.



3.4 Abschreibungen

3.4.1 Verwaltungsvermögen

Die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen werden aufgrund des Standes am 31. Dezember 2008, d.h. nach den Aktivierungen, vorgenommen. Das den Abschreibungen unterliegende Verwaltungsvermögen wird in der Bilanz unter den Positionen 14 (Sachgüter), 15 (Konto bedingt rückzahlbare Darlehen Öffentlicher Verkehr) und 16 (Investitionsgüter) ausgewiesen. Das abzuschreibende Verwaltungsvermögen veränderte sich 2008 wie folgt:

Abschreibungen Verwaltungsvermögen Rechnung in Mio. Fr.	2007	2008
– Abzuschreibendes Verwaltungsvermögen per Ende Jahr	269,4	224,9
– Abzuschreibende Nettoinvestitionen laufendes Jahr	58,5	70,7
– Korrektur Abschreibungen 2006 (gem. Revisionsbericht)	1,3	-
– Verwaltungsvermögen per Ende Rechnungsjahr vor Abschreibungen	326,6	295,6
– Ordentliche Abschreibungen	32,7	29,6
– Ausserordentliche Abschreibungen Investitionsbeiträge	69,1	
– Restbuchwert per Ende Rechnungsjahr	224,8	266,0

In der Staatsrechnung 2008 wurden auf dem Verwaltungsvermögen ordentliche Abschreibungen von insgesamt 29,7 Mio. Fr. vorgenommen. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

ordentliche Abschreibungen von 10% auf Verwaltungsvermögen	29,6
Abschreibungen für Wertberichtigungen öffentl. Verkehr 2008	0,1
Ordentliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen	29,7

Auf den Spezialfinanzierungen (Strassenbauten, usw.) werden die Nettoinvestitionen in der Höhe von insgesamt 43,3 Mio. Fr. (Voranschlag: 58,8 Mio. Fr.) vollständig abgeschrieben.

Der Gesamtabschreibungssatz des Verwaltungsvermögen wird wie folgt berechnet:

Abzuschreibendes Verwaltungsvermögen per 31. Dezember 2008	295,6
+ abzuschreibende Nettoinvestitionen der Spezialfinanzierungen 2008	43,3
= Total abzuschreibende Aktiven	338,9
Ordentliche Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	29,7
+ Abschreibungen auf Spezialfinanzierungen	43,3
= Für die Berechnung des Gesamtabschreibungssatzes massgebende Abschreibungssgrösse	73,0
Gesamtabschreibungssatz (in %) = (73,0 Mio. Fr. X 100) / 338,9 Mio. Fr.	21,5 %



3.4.2 Finanzvermögen

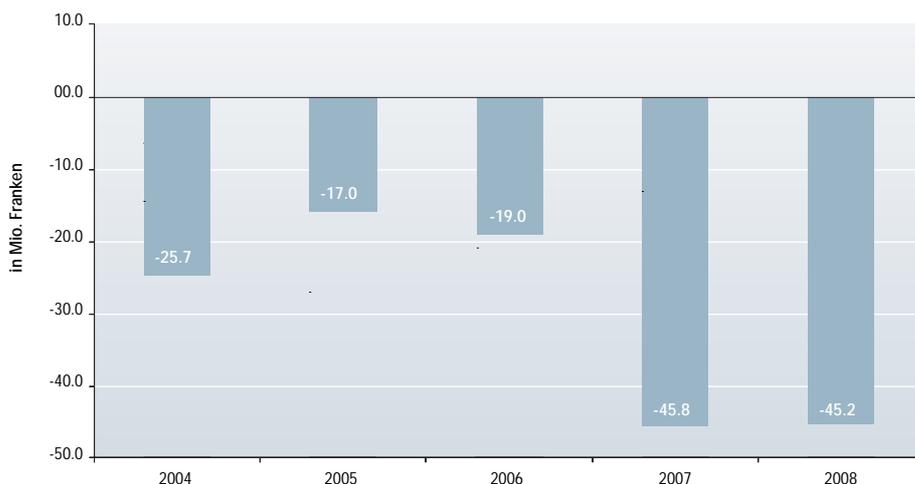
Die Abschreibungen auf dem Finanzvermögen erreichen im Rechnungsjahr den Betrag von rund 24,0 Mio. Fr. (Vorjahr: 15,4 Mio. Fr.). Daran partizipieren nebst Strafverfolgung und Justizadministration (ca. 2,8 Mio. Fr.), Gerichten (ca. 1,1 Mio. Fr.) und Sozialen Diensten (0,6 Mio. Fr.) vor allem das Steueramt mit folgenden Verlusten von insgesamt 18,6 Mio. Fr.:

	Mio. Fr.
Erlassene Staatssteuern Natürlichen Personen	1,2
Uneinbringliche Staatssteuern Natürlichen Personen	9,9
Erlassene und uneinbringliche Staatssteuern Juristischen Personen	0,3
Erlassene und uneinbringliche Spitalsteuern	0,5
Erlassene und uneinbringliche Sondersteuern	0,8
Rückstellung Steuerausstände	6,0
Total	18,6

Die auf den Staatssteuern abgeschrieben Beträge machen 2,4 % des gesamten Staatssteuerertrages aus und liegen damit deutlich über den Vorjahren (2006: 1,7 %; 2007: 1,4%).

3.5 Strassenbaufonds

- Verlustvortrag bzw. +Eigenkapital in Mio. Fr.



Die Ausgaben im Strassenbau sind über die Spezialfinanzierung «Strassenbaufonds» gedeckt. Trotz der intensiven Bautätigkeiten im Zusammenhang mit der Eröffnung des Umfahrungsprojektes Solothurn West und den Flankierenden Massnahmen zur A5 sowie dem Beginn des Umfahrungsprojektes Olten (ERO) nimmt die Verschuldung der Spezialfinanzierung im Jahr 2008 um 0,6 Mio. Fr. ab. Die Verbesserung gegenüber dem Voranschlag ist auf tiefere Nettoinvestitionen als auch auf ein besseres Resultat des Globalbudgets «Strassenbau» in der Erfolgsrechnung und den einmaligen Ertrag aus der Gründung des NSNW AG zurückzuführen. Die Fondsverschuldung sinkt auf 45,2 Mio. Fr. per Ende Jahr.

3.6 Inner- und ausserkantonale Spitalbehandlungen

Spitalkosten inner- und ausserkantonale in Mio. Fr.



Die Spitalbehandlungen gemäss KVG betrugen netto 40,4 Mio. Fr. (2007: 41,2 Mio. Fr.) und liegen 9,6 Mio. Fr. unter dem Budget. Die Budgetunterschreitung ist auf höhere Rückerstattungen infolge verbesserter Spitalverträge (-0,9 Mio. Fr.), weniger erhaltene Rechnungen (-8,7 Mio. Fr.) zurückzuführen.

Für die Solothurnischen Spitäler wurde wie budgetiert ein Betriebsbeitrag von 209,6 Mio. Fr. überwiesen. Darin enthalten ist auch der Mietzins inkl. Nebenkosten der Solothurnischen Spitäler AG (soH) von 31,9 Mio. Fr. an das Hochbauamt.

3.7 Soziale Sicherheit

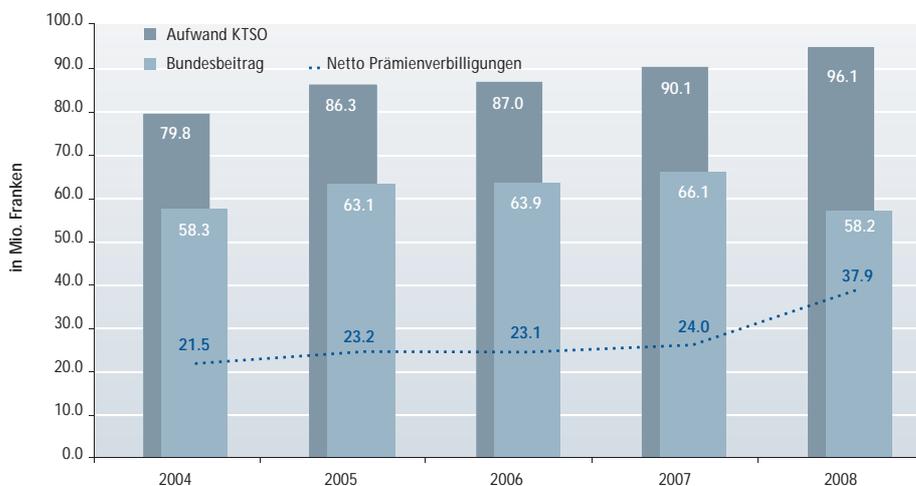
Im Bereich soziale Sicherheit ergaben sich mit dem in Kraft treten der NFA auf den 1. Januar 2008 wesentliche Änderungen. Die Rechnungszahlen lassen sich daher nicht mehr mit den Zahlen der Vorjahre vergleichen.

Die Nettoaufwendungen für die Sozialversicherungen betragen, einschliesslich Verwaltungskosten, 88,3 Mio. Fr. (Voranschlag 2008: 91,5 Mio. Fr.; Rechnung 2007: 162,3 Mio. Fr.). Die Rechnungen der einzelnen Versicherungen schliessen wie folgt ab:

- l Für die Prämienverbilligung an die Versicherten gemäss KVG wurden wie budgetiert 104,7 Mio. Fr. (Vorjahr: 91,7 Mio. Fr.) aufgewendet. Davon wurden allerdings 8,7 Mio. Fr. zurückgestellt für 2009. Der Bundesbeitrag an die Aufwendungen betrug 58,2 Mio. Fr. (Vorjahr: 66,1 Mio. Fr.). Es resultiert eine Nettobelastung für den Kanton von 46,6 Mio. Fr. (Vorjahr: 25,5 Mio. Fr.).



Prämienverbilligung nach KVG



- | Aus Ergänzungsleistungen zur AHV/IV mit einem Aufwand von 124,0 Mio. Fr. zu Gunsten privater Haushalte und einem, allerdings erst geschätzten, Ertrag aus Beiträgen von Bund und Einwohnergemeinden über 82,8 Mio. Fr. bleibt für den Kanton der Saldo von 41,6 Mio. Fr. (Voranschlag 2008: 40,0 Mio. Fr.; Rechnung 2007: 46,0 Mio. Fr.) zu tragen.
- | Der Aufwand für die Sozialversicherung AHV (erlassene AHV/IV/EO-Beiträge) und die Beiträge der Kantone an die FL (Familienzulagen in der Landwirtschaft) belaufen sich auf 1,3 Mio. Fr. (Budget 1,2 Mio. Fr., Vorjahr: 1,1 Mio. Fr.).

Der Nettoaufwand für die sozialen Dienste betrug 1,3 Mio. Fr. (Voranschlag 2008: 1,5 Mio. Fr.; Rechnung 2007: 1,1 Mio. Fr.). Damit wurden Hilfeleistungen für Menschen, die Opfer einer Straftat geworden sind, gewährleistet (Soforthilfe, längerfristige Hilfe, Entschädigung und Genugtuung). Aus dem Alkoholzehntel sind, für die Staatsrechnung kostenneutral, Projekte im Umfang von 852'000 Fr. unterstützt oder durchgeführt worden (Suchtprävention).

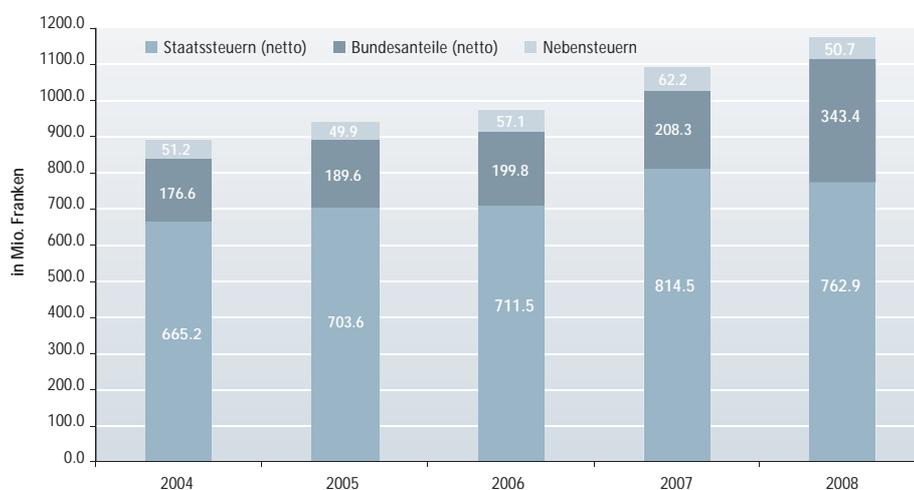
Die sozialen Institutionen belasteten den Kanton netto mit 57,2 Mio. Fr. (Voranschlag 2008: 55,9 Mio. Fr.; Rechnung 2007: 5,9 Mio. Fr.). Für Beiträge an innerkantonale und ausserkantonale Behindertenwohnheime und Werkstätten (Subjektfinanzierung) sind Nettoaufwendungen von 55,5 Mio. Fr. angefallen, davon 24 Mio. Fr. an die Ergänzungsleistungen (Voranschlag 2008: 54,0 Mio. Fr.; Rechnung 2007: 4,0 Mio. Fr.).

Im Profit-Center Sozialhilfe und Asyl werden die kantonalen Erträge aus Rückerstattungen sowie die Asylrechnung ausgewiesen. Einem Aufwand (inkl. Verrechnungen und 3,3 Mio. Fr. Rückstellungen) von 18,0 Mio. Fr. steht ein Ertrag von 18,0 Mio. Fr. gegenüber.

4.

Die grössten Ertragspositionen

Entwicklung wichtigste Erträge in Mio. Fr.



Die wichtigsten Erträge sind gesamthaft angestiegen, hauptsächlich aufgrund der sehr guten konjunkturellen Wirtschaftslage 2008.

4.1 Bundesanteile

An Bundesanteilen wurden insgesamt 343,4 Mio. Fr. vereinnahmt. Damit wurde der budgetierte Betrag von 330,0 Mio. Fr. per Saldo um 13,4 Mio. Fr. übertroffen. Aufgrund der guten Wirtschaftslage hat sich der Anteil an der direkten Bundessteuer sowie die Verrechnungssteuer erhöht.

Die Zunahme der Bundesanteile gegenüber den Vorjahren ist insbesondere auf die erhöhten Finanzausgleichsbeiträge (NFA-Gelder anstelle des Finanzausgleichsbeitrages) zurückzuführen. Der Ertrag der Schweizerischen Nationalbank ist aufgrund des neuen Verteilschlüssels rückläufig. Aufgrund der NFA wird der Allg. Treibstoffzollanteil ab 1.1. 2008 zu 100% dem Strassenbaufonds zugewiesen.

Der Ertrag aus den Bundesanteilen hat sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

Bundesanteile (in Mio. Fr.)	2004	2005	2006	2007	2008
– Reingewinn Nationalbank	0,2	-0,2	-	-	-
– Ertrag Nationalbank	63,2	65,2	57,9	57,7	54,6
– Direkte Bundessteuer	40,4	43,9	47,5	49,7	55,3
– Verrechnungssteuer	8,5	13,1	13,8	14,8	21,0
– Finanzausgleichsbeitrag ¹⁾	58,8	61,9	74,4	79,4	3,8
– NFA-Ressourcenausgleich	-	-	-	-	212,3
– NFA-Härteausgleich	-	-	-	-	-4,1
– Anteil EU-Zinsbesteuerung	-	-	-	0,5	0,5
– Allg. Treibstoffzollanteil ²⁾	5,5	5,7	6,2	6,3	-
– LSWA	-	-	-	-	-
Total	176,6	189,6	199,8	208,3	343,4

1) Der Betrag von 3,8 Mio. Fr. im 2008 ist eine einmalige Nachzahlung des Bundes zur Abrechnung 2007 über den Finanzausgleich nach «altem» Recht.

2) entspricht nur dem Anteil am Allg. Treibstoffzollanteil und der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA), welche der allgemeinen Staatsrechnung zugewiesen werden.

4.2 Staatssteuerertrag

Der Ertrag aus den Staatssteuern ist wie folgt in die Erfolgsrechnung eingesetzt worden:

Staatssteuer (in Mio. Fr.)	VA 08	RE 08	Diff. in Fr.	Diff. in %
– Staatssteuer nat. Personen ^{*/**}	573,0	605,3	+32,3	+5,6
– Staatssteuer jur. Personen [*]	126,0	133,5	+7,5	+6,0
– Finanzausgleichssteuer	12,0	13,6	+1,6	+13,3
– Bussen (Strafsteuer)	0,5	1,3	+0,8	+160,0
– Grenzgängerbesteuerung	1,2	1,7	+0,5	+41,7
– Grundstückgewinnsteuer (netto)	5,3	7,5	+2,2	+41,5
Total	718,0	762,9	+44,9	+6,3

*) inkl. Erträge aus Vorjahren

***) inkl. die separat ausgewiesenen Quellensteuern, Kapitalabfindungssteuern, übrige Sondersteuern und Spitalsteuern aus Vorjahren; netto (Gesamterträge abzüglich Anteil des Bundes und der Gemeinden)

Der in die Staatsrechnung 2008 eingegangene Gesamtertrag der Staatssteuern liegt deutlich über dem Voranschlag (+44,9 Mio. Fr. oder +6,3 %). Die ausgezeichnete Wirtschaftskonjunktur im Jahr 2007 führte nochmals zu höheren Steuererträgen im 2008 als budgetiert insbesondere bei den natürlichen und den juristischen Personen. Die starke Zunahme bei den Bussen ist mit dem Abbau von Pendenzen begründet.



Die folgende Übersicht zeigt die Erträge der Staatssteuern für die Jahre 2004–2008:

Staatssteuern (in Mio. Fr.)	2004	2005	2006	2007	2008
– Staatssteuer nat. Personen*/**	581,2	577,1	564,5	599,9	605,3
– Staatssteuer jur. Personen*	70,7	109,1	127,4	180,6	133,5
– Finanzausgleichssteuer	7,1	10,9	12,1	17,1	13,6
– Bussen (Strafsteuer)	0,6	0,5	0,5	0,9	1,3
– Grenzgängerbesteuerung	1,1	1,3	1,3	1,5	1,7
– Grundstückgewinnsteuer (netto)	4,5	4,7	5,7	14,5	7,5
Total	665,2	703,6	711,5	814,5	762,9

*) inkl. Erträge aus Vorjahren

**) inkl. die separat ausgewiesenen Quellensteuern, Kapitalabfindungssteuern, übrige Sondersteuern und Spitalsteuern aus Vorjahren; netto (Gesamterträge abzüglich Anteil des Bundes und der Gemeinden)

Im Vergleich zum Vorjahr ist eine Abnahme beim Ertrag der Staatssteuern um 51,6 Mio. Fr. oder 6,3 % festzustellen. Die Abnahme ist auf die Teilrevision des Steuergesetzes zurückzuführen (Geschätzter Minderertrag von 52 Mio. Fr.).

4.2.1 Entwicklung Steuerausstand

Der Ausstand an Staatssteuern betrug per Ende 2008 rund 233,1 Mio. Fr. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus Ausständen von 31,8 Mio. Fr. aus den Jahren 1992–2006, 83,9 Mio. Fr. aus dem Jahr 2007 sowie 117,4 Mio. Fr. aus dem Jahr 2008. Die Höhe des Ausstandes ist eine Folge des gestiegenen Steuerertrages 2007 einerseits und erhöhter Zahlungsprobleme der Steuerpflichtigen andererseits.

Steuerausstand	1. 1. 2004	232'715'506 Fr.
Steuerausstand	1. 1. 2005	236'528'733 Fr.
Steuerausstand	1. 1. 2006	245'447'029 Fr.
Steuerausstand	1. 1. 2007	222'848'463 Fr.
Steuerausstand	1. 1. 2008	231'402'678 Fr.
Steuerausstand	31. 12. 2008	233'140'638 Fr.
Veränderung Steuerausstand per Ende 2008		+1'737'960 Fr.



4.3 Nebensteuern

Der Ertrag der Nebensteuern 2008 liegt um 3,8 Mio. Fr. über dem Budget. Die ausgezeichnete Wirtschaftslage führte zu vermehrten Käufen und Verkäufen von Grundeigentum und Liegenschaften, was sich in einer Zunahme der Handänderungssteuer von 5,3 Mio. Fr. gegenüber dem Budget niederschlug.

Nebensteuern (in Mio. Fr.)	VA 08	RE 08	Diff. in Fr.	Diff. in%
– Handänderungssteuer	28,5	33,8	+5,3	+18,6
– Erbschaftssteuer	12,5	11,5	-1,0	-8,0
– Nachlasssteuer	5,0	4,8	-0,2	-4,0
– Schenkungssteuer	0,9	0,6	-0,3	-33,3
Total	46,9	50,7	+3,8	+8,1

Die nachstehende Tabelle zeigt die seit 2004 ausgewiesenen Erträge der Nebensteuern:

Nebensteuern in Mio. Fr.	2004	2005	2006	2007	2008
– Handänderungssteuer	30,0	27,9	33,9	40,9	33,8
– Erbschaftssteuer	15,7	15,5	16,0	14,9	11,5
– Nachlasssteuer	4,6	5,9	6,2	5,3	4,8
– Schenkungssteuer	0,9	0,6	1,0	1,1	0,6
Total	51,2	49,9	57,1	62,2	50,7

Der gesamte Ertrag der Nebensteuern liegt mit 50,7 Mio. Fr. auf dem Niveau der Jahre 2004 und 2005.





Bericht der
Revisionsstelle

IV

Bericht der Revisionsstelle

Kantonale Finanzkontrolle

Bielstrasse 9 / Postfach 157
4502 Solothurn
Telefon 032 627 21 01
Telefax 032 627 28 60
www.finanzkontrolle.so.ch

IIIIII KANTON **solothurn**

Bericht der Revisionsstelle

**an den Kantonsrat des Kantons Solothurn
zum Geschäftsbericht 2008**

Bericht der Revisionsstelle zur Jahresrechnung 2008

Die Kantonale Finanzkontrolle hat gestützt auf § 72 Absatz 1 Buchstabe a des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV-Gesetz; BGS 115.1) die vom Finanzdepartement vorgelegte Jahresrechnung 2008 (Bilanz, Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung, Anhang, Spezialfinanzierungen, Legate und Stiftungen, Verpflichtungskreditkontrolle und Globalbudgets) für das am 31. Dezember 2008 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft. Die im Geschäftsbericht separat aufgeführten Jahresrechnungen verschiedener staatlicher Institutionen werden anlässlich separater Revisionen geprüft.

Verantwortung des Regierungsrates

Der Regierungsrat ist für die Aufstellung der Jahresrechnung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen verantwortlich. Diese Verantwortung beinhaltet die Ausgestaltung, Implementierung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems mit Bezug auf die Aufstellung einer Jahresrechnung, die frei von wesentlichen falschen Angaben als Folge von Verstössen oder Irrtümern ist. Darüber hinaus ist der Regierungsrat für die Auswahl und die Anwendung sachgemässer Rechnungslegungsmethoden sowie die Vornahme angemessener Schätzungen verantwortlich.

Verantwortung der Revisionsstelle

Unsere Verantwortung ist es, aufgrund unserer Prüfung ein Prüfungsurteil über die Jahresrechnung abzugeben. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen und den Schweizer Prüfungsstandards vorgenommen. Nach diesen Standards haben wir die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass wir hinreichende Sicherheit gewinnen, ob die Jahresrechnung frei von wesentlichen falschen Angaben ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen für die in der Jahresrechnung enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemässen Ermessen des Prüfers. Dies schliesst eine Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Angaben in der Jahresrechnung als Folge von Verstössen oder Irrtümern ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Prüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung der Jahresrechnung von Bedeutung ist, um die den Umständen entsprechenden Prüfungshandlungen festzulegen, nicht aber um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems abzugeben.

4200sr-09_SR2008_Rev.bericht_01.doc





Die Prüfung umfasst zudem die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden, der Plausibilität der vorgenommenen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtdarstellung der Jahresrechnung. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise eine ausreichende und angemessene Grundlage für unser Prüfungsurteil bilden.

Prüfungsurteil

Nach unserer Beurteilung entspricht die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2008 abgeschlossene Geschäftsjahr den gesetzlichen Bestimmungen.

Ferner weisen wir darauf hin, dass bei der Spezialfinanzierung Strassenbaufonds der Verlustvortrag nicht nach den gesetzlichen Bestimmungen abgetragen werden kann (§ 43 Absatz 3 WoV-Gesetz, § 30 WoV-Verordnung). Der Grund liegt in der Realisierung der Gesamtverkehrsprojekte Solothurn und Olten, welche langfristig mit der im Jahr 2003 in Kraft getretenen und befristeten Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer finanziert werden. Der Verlustvortrag, welcher erstmals 1999 entstanden ist, beträgt per 31. Dezember 2008 45 Mio. Franken.

Berichterstattung aufgrund weiterer gesetzlicher Bestimmungen

Die Finanzkontrolle erfüllt die gesetzlichen Anforderungen an die Zulassung gemäss Revisionsaufsichtsgesetz und die Unabhängigkeit. Sie ist fachlich unabhängig, selbständig und in ihrer Revisionsstätigkeit nur Verfassung und Gesetz verpflichtet (§ 61 Absatz 3 WoV-Gesetz). Wir bestätigen, dass keine mit unserer Unabhängigkeit nicht vereinbaren Sachverhalte vorliegen.

In Übereinstimmung mit dem Schweizer Prüfungsstandard 890 bestätigen wir, dass ein gemäss den Vorgaben des Regierungsrates ausgestaltetes internes Kontrollsystem für die Aufstellung der Jahresrechnung existiert, wobei gemäss Beschluss des Regierungsrates vom 16. Dezember 2008 (RRB Nr. 2303) noch einzelne Anpassungen vorzunehmen sind.

Ferner bestätigen wir, dass der Antrag über die Verwendung des Ertragsüberschusses den gesetzlichen Bestimmungen entspricht und empfehlen dem Regierungsrat und dem Kantonsrat, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Die Finanzkommission, der Regierungsrat und das Finanzdepartement werden mit einem ausführlichen Revisionsbericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2008 orientiert.

Zudem wird die Finanzkontrolle mit ihrem Jahresbericht den Kantonsrat, den Regierungsrat und die Gerichtsverwaltungskommission über den Umfang und die Schwerpunkte ihrer Revisionsstätigkeit sowie über Feststellungen und Beurteilungen separat informieren.

Solothurn, 11. März 2009

Kantonale Finanzkontrolle


P. Hard
Chef
Zugelassener Revisionsexperte


B. Eberhard
Leitender Revisor
Zugelassener Revisor



Kanton Solothurn

Amt für Finanzen

Barfüssergasse 24

4509 Solothurn

Telefon 032 627 20 96

Telefax 032 627 22 71

www.so.ch/de/pub/home.htm

afin@fd.so.ch

Lichtkünstler: Gerry Hofstetter, Zürich
Fotos: Markus Daepfen, Solothurn